

ih-hei-he 6
10054

BERICHT
über die Prüfung
des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2013
und
des Lageberichts
für das Geschäftsjahr 2013

Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -

Ritter-Wulf-Platz 1, 21493 Schwarzenbek

INHALTSVERZEICHNIS

<u>Prüfungsbericht</u>	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	3
Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	3
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	5
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	7
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	7
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
2. Jahresabschluss	8
3. Lagebericht	9
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	10
III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	12
1. Vermögenslage	12
2. Finanzlage	16
3. Ertragslage	20
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	24
I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	24
II. Feststellungen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen	24
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	25

ANLAGEN

	<u>Anlage</u>
Bilanz zum 31. Dezember 2013	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013	2
Anhang zum Geschäftsjahr 2013	3
Lagebericht zum Geschäftsjahr 2013	4
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	5
Erläuterungen zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses (mit gesondertem Inhaltsverzeichnis)	6
Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	7
Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse	8
Zusammenstellung der Darlehen 2013	9
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	

A. Prüfungsauftrag

Der Landrat des Kreises Herzogtum Lauenburg hat uns mit Vertrag vom 3. Januar 2014 im Namen und für Rechnung der

Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -, Schwarzenbek,
- im Folgenden auch kurz „Eigenbetrieb“ genannt -

den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 des Eigenbetriebs unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Für die Durchführung der Prüfung fanden insbesondere

- das Kommunalprüfungsgesetz (KPG) des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28. Februar 2003 (GVObI. Schl.-H. 2003, S. 129) sowie
- die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Jahresabschlussprüfung kommunaler Wirtschaftsbetriebe“ (AV-JAP) vom 31. Oktober 2003 (Amtsbl. Schl.-H. 2003, S. 848)

Anwendung.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des **§ 53 Absatz 1 Nr. 1 und 2 HGrG** zu beachten.

Über Art und Umfang sowie das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Wir bestätigen gemäß § 321 Absatz 4 a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der Bericht enthält vorweg unsere Stellungnahme zur Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs durch die Werkleitung (Abschnitt B). Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse im Einzelnen sind nachfolgend in den Abschnitten C und D dargestellt. Über unsere Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags berichten wir in Abschnitt E. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird im Abschnitt F wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus

Anlage 1	Bilanz
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung
Anlage 3	Anhang

sowie als

Anlage 4 den geprüften Lagebericht,

in **Abschrift** beigelegt.

Der von uns erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk ist dem Bericht als **Anlage 5** beigelegt.

Die in Erweiterung der gesetzlichen Berichtspflicht vorgenommenen ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen sind in **Anlage 6** dieses Prüfungsberichts dargestellt.

Auftragsgemäß haben wir die Darstellung der rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse ergänzend in die **Anlage 7** des Prüfungsberichtes aufgenommen.

Die Feststellungen zu § 53 HGrG sind in der **Anlage 8** dieses Prüfungsberichts enthalten.

Die Übersicht über die vorhandenen Darlehen wurde in die **Anlage 9** des Prüfungsberichts mit aufgenommen.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigelegten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002“ zugrunde.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Die Werkleitung hat im Lagebericht und im Jahresabschluss, insbesondere im Anhang (und in den weiteren geprüften Unterlagen, wie z.B. im Wirtschaftsplan) die wirtschaftliche Lage des Unternehmens beurteilt.

Gemäß § 321 Absatz 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs im Jahresabschluss und Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebs unter Berücksichtigung des Lageberichts ein.

Folgende positive oder negative Entwicklungen des Eigenbetriebs betreffende Angaben der gesetzlichen Vertreter in Jahresabschluss und Lagebericht sind für die Berichtsadressaten zur Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs als wesentlich hervorzuheben:

- A. Divergierende Spätergebnisse in 2013
- B. Stabile Vermögens- und Finanzlage
- C. Positiver Ausblick auf das Geschäftsjahr 2014

Zu A.

Die Werkleitung führt im Lagebericht aus, dass sich die Umsätze im Geschäftsjahr 2013 in beiden Sparten positiv entwickelt haben. Insgesamt erzielt der Eigenbetrieb jedoch nur einen Jahresüberschuss von 23 TEUR, wovon 24 TEUR auf die Sparte Niederschlagswasser und -1 TEUR auf die Sparte Schmutzwasser entfielen.

Damit konnte in der Sparte Niederschlagswasser der Sonderposten für kalkulatorische Einnahmen aus der Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerte in voller Höhe dotiert werden. Die Eigenkapitalverzinsung konnte nur teilweise erwirtschaftet werden.

Ursächlich für den Verlust in der Sparte Schmutzwasser sind Zuführungen zur Rückstellung für die Klärschlamm Entsorgung. Aufgrund aktueller Untersuchungen muss der Klärschlamm aufgrund des hohen Kupfergehaltes verbrannt werden. Die damit zusammenhängenden Kosten waren in der aktuellen Kalkulation nicht enthalten. Daher wurden für die neue Kalkulationsperiode 2014 bis 2016 die mengenabhängige Zusatzgebühr auf 1,98 Euro/m³ erhöht.

Zu B.

Die Eigenkapitalquote hat sich aufgrund des Jahresüberschusses und der rückläufigen Bilanzsumme verbessert und beträgt 29 %. Bei der Ermittlung wurden die erhaltenen Ertragszuschüsse und die geplante Ausschüttung von der Bilanzsumme abgezogen. Weiterhin führt die Werkleitung aus, dass das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital, Ertragszuschüsse, Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen und langfristigem Fremdkapital gedeckt ist. Der Eigenbetrieb verfügte im Geschäftsjahr jederzeit über ausreichende Liquidität. Die Tilgung der Darlehen erfolgte planmäßig.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt Investitionen über 565 TEUR getätigt. Wesentlich hierbei waren die Errichtungen der Photovoltaikanlage "Freifläche Klärwerk" mit 214 TEUR, der Photovoltaikanlage "Betriebsgebäude Klärwerk" mit 59 TEUR und der Photovoltaikanlage "Pumpwerk Feldstraße" mit 36 TEUR.

Zu C.

Für das Jahr 2014 plant die Werkleitung eine Eigenkapitalverzinsung von 98 TEUR. In diesem Betrag ist auch die Nachholung der nicht erwirtschafteten Eigenkapitalverzinsung der Jahre 2008 bis 2013 in Höhe von 34 TEUR enthalten.

In der Sparte Schmutzwasser wurde die mengenabhängige Zusatzgebühr ab 2014 für die Kalkulationsperiode 2014 bis 2016 auf 1,98 EUR/m³ erhöht. Die Gebühren für die Sparte Niederschlagswasser betragen unverändert 0,53 EUR/m².

Das Investitionsvolumen für 2014 von 145 TEUR betrifft die Sparte Schmutzwasser, wobei die Sanierung des Pumpwerkes Eichenweg mit 80 TEUR das größte Investitionsvorhaben ist.

Die Werkleitung weist darauf hin, dass zur Sicherstellung von zukünftigen Investitionen finanzielle Rücklagen erforderlich sind. Hierfür wurden durch die Gebührenerhöhungen die erforderlichen Grundlagen geschaffen. Durch diese Maßnahmen ist es dem Eigenbetrieb möglich, die Kreditaufnahme für zukünftige Investitionen möglichst niedrig zu halten.

Die vorstehende Lagedarstellung durch die gesetzlichen Vertreter ist durch uns als Abschlussprüfer im Rahmen unserer Stellungnahme zu beurteilen.

Diese geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben. Eigene Prognoserechnungen gehören nicht dazu.

Die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs einschließlich der dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 (**Anlagen 1 bis 3**) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 (**Anlage 4**). Diese haben wir daraufhin geprüft, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir zusätzlich daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Darüber hinaus erstreckte sich die Prüfung auftragsgemäß auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG und die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Buchführung sowie die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die uns erteilten Aufklärungen und die Nachweise liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung unter Einbeziehung der Buchführung und der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Die Beurteilung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrages zur Jahresabschlussprüfung.

Wir haben unsere Prüfung in den Monaten März bis Juni 2014 mit Unterbrechungen in den Geschäftsräumen des Eigenbetriebs Abwasser, Schwarzenbek, durchgeführt. Die abschließenden Arbeiten einschließlich Berichtserstellung erfolgten in unseren Geschäftsräumen. Die Prüfung erfolgte durch Frau Dipl.-Wi.-Math. Jessica Tillack und den unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer. Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Bücher und Belege, Verträge, Urkunden und anderes Schriftgut des Eigenbetriebs. Ferner stützten wir uns auf die Auskünfte der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes und der von ihnen benannten Auskunftspersonen.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2012; er wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. April 2013 unverändert festgestellt.

Die Offenlegung erfolgte auf der Internetseite der Stadt Schwarzenbek sowie am 2. Juli 2013 im Schwarzenbeker Anzeiger.

Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 erfolgte aufstellungsbegleitend. Der uns übergebene Jahresabschluss wurde vom Rechnungswesen des Eigenbetriebes erstellt.

Alle verlangten **Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern sowie sonstigen Auskunftspersonen bereitwillig erbracht worden.

Die Werkleitung hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Die Werkleitung hat hierin ferner versichert, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei **Durchführung der Prüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff HGB und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkennen.

Der Prüfung lag eine **Planung der Prüfungsschwerpunkte** unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Eigenbetriebs und einer Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern des Eigenbetriebs bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Entwicklung des Anlagevermögens
- Nachweis und Bewertung der Forderungen
- Richtige Abbildung des Sonderpostens für empfangene Ertragszuschüsse
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Plausibilität der prognostischen Angaben im Lagebericht
- Prüfung der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren **Prüfungshandlungen** die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur **Prüfung des Nachweises** der Vermögens- und Schuldposten des Eigenbetriebs haben wir Bankbestätigungen und Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten eingeholt.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung erfolgte unter Zugrundelegung der Vorschriften des § 53 Absatz 1 Nr. 1 und 2 HGrG, der EigVO des Landes Schleswig-Holstein und der Betriebssatzung.

Als Prüfungsgrundlage diente der Fragenkatalog gemäß IDW PS 720.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren **Arbeitspapieren** festgehalten (IDW PS 460).

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Nachfolgend stellen wir gemäß § 321 Absatz 2 Satz 1 HGB dar, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Unsere Prüfung nach § 321 Absatz 2 Satz 3 HGB hat ergeben, dass der Abschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.

Gemäß § 321 Absatz 2 Satz 5 HGB gliedern wir die Posten des Jahresabschlusses auf und erläutern diese ausreichend, soweit dadurch die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich verbessert wird und diese Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) des Eigenbetriebes erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms Lexware financial office pro, Version 11.00. Die Softwarebescheinigung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young, Stuttgart, vom 15. September 2011 für das Programm liegt uns vor.

Die Leistungsabrechnungen erfolgen durch Mitarbeiter der Stadt Schwarzenbek mit Hilfe einer eigenen EDV-Anlage mit der Software C.I.P. Kommunal.

Das von dem Unternehmen eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) sieht dem Geschäftszweck und Umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die Organisation der Buchführung und des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der geprüften Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnung) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften nach den Grundsätzen für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der **Bilanz (Anlage 1)** erfolgt nach dem Schema des § 266 Absatz 2 und 3 HGB und den Vorschriften der EigVO Schleswig-Holstein. Die **Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2)** wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Absatz 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem vom Eigenbetrieb aufgestellten **Anhang (Anlage 3)** sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des **Lageberichts** für das Geschäftsjahr 2013 (**Anlage 4**) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und dass er insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens vermittelt.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Absatz 2 HGB vollständig und zutreffend sind. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind im Lagebericht nicht erwähnt und nach unseren Feststellungen auch nicht eingetreten.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält und er damit den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, das heißt als **Gesamtaussage des Jahresabschlusses** - wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Der Eigenbetrieb hat im Anhang die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angegeben. Bei unseren nachfolgenden Ausführungen gehen wir daher insbesondere auf die Sachverhalte ein, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie ihrer Gesamtwirkung im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen und Sachverhalten von wesentlicher Bedeutung sind.

Im Übrigen verweisen wir hierzu auch auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt D. III. sowie auf die weitergehenden Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses in **Anlage 6**.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

In dem Jahresabschluss der Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser - wurden folgende **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** zugrunde gelegt:

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (Going concern; § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Zugänge zum Anlagevermögen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen bewertet. Die Gegenstände des Anlagevermögens werden linear grundsätzlich über die in den branchenüblichen Abschreibungstabellen vorgegebenen Nutzungsdauern abgeschrieben. Hilfsweise erfolgt bei branchenunspezifischen Vermögensgegenständen die Zugrundelegung der Nutzungsdauer auf der Basis der amtlichen AfA-Tabellen des Bundesministers der Finanzen. Für Zugänge mit Anschaffungskosten von über 150,00 Euro bis 1.000,00 Euro wurde ein Sammelposten (Pool) gebildet und ab dem Jahr des Zugangs mit 20 % p.a. abgeschrieben.

Folgende Nutzungsdauern wurden bei den Abschreibungen berücksichtigt:

<u>Anlage</u>	<u>Nutzungsdauer in Jahren</u>
Software	5 Jahre
Gebäude und Grundstücke mit Bauten	zwischen 20 und 80 Jahre
Abwasserreinigungs- und -sammelanlagen	zwischen 8 und 66 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	zwischen 3 und 20 Jahre

Hinsichtlich der Festlegung der Nutzungsdauer ist festzustellen, dass die Werkleitung den Ermessensspielraum tendenziell so ausübt, dass die künftige Ergebnisbelastung durch den Abschreibungsaufwand möglichst gering ausfällt.

Bei der Wertermittlung selbst geschaffener Vermögensgegenstände wurden Eigenleistungen in Höhe von 3 TEUR (im Vorjahr: 3 TEUR) aktiviert, welche sich hauptsächlich aus den Gehaltskosten zusammensetzen. Diese beinhalten Einzelkosten und angemessene Gemeinkostenzuschläge.

Das Vorratsvermögen setzt sich aus den Anschaffungskosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zusammen. Die Bewertung erfolgt für Material zu Einkaufspreisen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Empfangene Ertragszuschüsse aus Baukostenzuschüssen für die öffentliche Niederschlagswasserentsorgung werden als gesonderter Passivposten erfasst und korrespondierend zu den Abschreibungen der betreffenden Anlagen ertragswirksam aufgelöst.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken, Verluste und ungewisse Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag, wie er nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden nicht abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Ausübung von Ansatzwahlrechten und die Anwendung von Bewertungsmethoden erfolgten analog zum Vorjahr.

Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Anhang **(Anlage 3)**.

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung **nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten** geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ausgerichtet. Zudem ist die Aussagekraft von Bilanzdaten - insbesondere aufgrund des Stichtagsbezugs der Daten - relativ begrenzt.

1. Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2013 nach **wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten** zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2012 gegenübergestellt (**vgl. Anlage 1**).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit > 1 Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit > 1 Jahr) bzw. kurzfristiger Fälligkeit erfolgt.

	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
VERMÖGEN						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,0	2	0,0	-1	-50,0
Sachanlagen	20.071	96,6	20.132	96,9	-61	-0,3
Langfristig gebundenes Vermögen	20.072	96,6	20.134	96,9	-62	-0,3
Vorräte	27	0,1	30	0,1	-3	-10,0
Kundenforderungen	25	0,1	16	0,1	9	56,3
Forderungen gegen die Stadt Schwarzenbek	41	0,2	45	0,2	-4	-8,9
Liquide Mittel	614	3,0	549	2,7	65	11,8
Sonstige Vermögensgegenstände/ Rechnungsabgrenzungen	5	0,0	4	0,0	1	25,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	712	3,4	644	3,1	68	10,6
AKTIVA	20.784	100,0	20.778	100,0	6	0,0
KAPITAL						
Stammkapital	1.000	4,8	1.000	4,8	0	0,0
Allgemeine Rücklagen	272	1,3	272	1,3	0	0,0
Rücklagen öffentliche Zuschüsse	953	4,6	953	4,6	0	0,0
Gewinnvortrag	4	0,0	0	0,0	4	0,0
Jahresergebnis	23	0,1	39	0,2	-16	-41,0
Eigenkapital	2.252	10,8	2.264	10,9	-12	-0,5
Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen	1.560	7,5	1.421	6,8	139	9,8
Empfangene Ertragszuschüsse	13.163	63,3	13.231	63,7	-68	-0,5
Wirtschaftliche Eigenmittel	16.975	81,6	16.916	81,4	59	0,3
Bankdarlehen (> 1 Jahr) =						
Langfristige Fremdmittel	3.072	14,8	3.275	15,8	-203	-6,2
Rückstellungen	277	1,3	277	1,3	0	0,0
Bankschulden (< 1 Jahr)	224	1,1	198	1,0	26	13,1
Lieferantenverbindlichkeiten	159	0,8	69	0,3	90	130,4
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Schwarzenbek	52	0,3	29	0,1	23	79,3
Sonstige Verbindlichkeiten	25	0,1	14	0,1	11	78,6
Kurzfristige Fremdmittel	737	3,6	587	2,8	150	25,6
PASSIVA	20.784	100,0	20.778	100,0	6	0,0

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6 TEUR auf 20.784 TEUR erhöht. Diese Erhöhung resultiert hauptsächlich aus den gestiegenen liquiden Mitteln (65 TEUR). Dagegen sank das Anlagevermögen um 62 TEUR.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich von 96,9 % im Vorjahr auf 96,6 % im Berichtsjahr reduziert. Im Rückgang des Anlagevermögens saldieren sich Zugänge von 565 TEUR mit Buchwertabgängen von 4 TEUR und Abschreibungen von 623 TEUR.

Gegliedert nach Bilanzpositionen ergibt sich beim Anlagevermögen folgende Gegenüberstellung im Vorjahresvergleich:

	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderungen TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	2	-1
Grundstücke mit Bauten	293	273	20
Grundstücke ohne Bauten	1.179	1.179	0
Abwasserreinigungsanlagen	2.989	2.825	164
Abwassersammlungsanlagen	15.568	15.749	-181
Betriebs- und Geschäftsausstattung	32	50	-18
Anlagen im Bau	10	56	-46
	<u>20.072</u>	<u>20.134</u>	<u>-62</u>

Das **kurzfristige Umlaufvermögen** hat sich um 68 TEUR (10,6 %) erhöht. Es beläuft sich auf nunmehr 712 TEUR.

Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultiert aus höheren Ausständen zum Bilanzstichtag und korrespondiert mit der Umsatzentwicklung. Den Bruttoforderungen von 29 TEUR (im Vorjahr: 17 TEUR) stehen Wertberichtigungen von 4 TEUR (im Vorjahr: 1 TEUR) gegenüber.

Zur Entwicklung der liquiden Mittel verweisen wir auf die nachfolgende Kapitalflussrechnung.

Das **Eigenkapital** des Eigenbetriebs hat sich um 12 TEUR auf 2.252 TEUR reduziert. Ursächlich hierfür ist der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres von 23 TEUR, der geringer ausfiel als die Gewinnausschüttung an die Stadt Schwarzenbek in Höhe von 35 TEUR. Unter Einbeziehung des Sonderpostens aus kalkulatorischen Einnahmen von 1.560 TEUR (im Vorjahr: 1.421 TEUR) und den Empfangenen Ertragszuschüssen von 13.163 TEUR (im Vorjahr: 13.231 TEUR) ergeben sich wirtschaftliche Eigenmittel von 16.975 TEUR (im Vorjahr: 16.916 TEUR). Der Anteil der wirtschaftlichen Eigenmittel am Gesamtkapital ist auf 81,6 % (im Vorjahr: 81,4 %) gestiegen.

Die **langfristigen Fremdmittel** haben sich dagegen um 203 TEUR reduziert. Dieser Rückgang ist auf die planmäßigen Tilgungen der Darlehen zurückzuführen.

Die **kurzfristigen Fremdmittel** erhöhten sich um 150 TEUR. Dies ist insbesondere in dem Anstieg der Lieferantenverbindlichkeiten in Höhe von 90 TEUR begründet.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Die Fälligkeiten der Forderungen gibt der folgende Forderungsspiegel wieder:

Art der Forderung zum 31. Dezember 2013	Gesamt- betrag TEUR	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr TEUR	größer 1 Jahr TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25	25	0
Forderungen gegen die Stadt Schwarzenbek	41	41	0
Sonstige Vermögensgegenstände	2	2	0
Gesamtbetrag	67	67	0

Die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten gibt der folgende Verbindlichkeitspiegel wieder:

Art der Verbindlichkeit zum 31. Dezember 2013	Gesamt- betrag TEUR	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr TEUR	2 bis 5 Jahre TEUR	größer 5 Jahre TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.296	224	791	2.281
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	159	159	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Schwarzenbek	52	52	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	24	24	0	0
Gesamtbetrag	3.531	459	791	2.281

2. Finanzlage

Zur Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft haben wir eine Kapitalflussrechnung nach den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) nach der indirekten Methode erstellt, die zeigt, wie sich die Zahlungsmittel (Kassenbestände, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten abzüglich eventueller Kontokorrentschulden) im Berichtszeitraum durch Mittelzu- und -abflüsse verändert haben. Dabei wird zwischen Zahlungsströmen aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Über die Zahlungsströme in der Kapitalflussrechnung werden Informationen getrennt nach den Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit (einschließlich Desinvestitionen) und aus der Finanzierungstätigkeit vermittelt, wobei die Summe der Cashflows aus diesen drei Tätigkeitsbereichen der Veränderung des Finanzmittelfonds in der Berichtsperiode entspricht, soweit diese nicht auf Wechselkurs- oder sonstigen Wertveränderungen beruht.

	<u>2013</u> <u>TEUR</u>	<u>2012</u> <u>TEUR</u>
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	23	39
Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	623	604
Abnahme der Rückstellungen	0	-33
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (bspw. Abschreibungen auf ein aktiviertes Disagio)	71	76
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	4	2
Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Liefere- rungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3	36
Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der In- vestitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	<u>124</u>	<u>-14</u>
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	842	710
	-----	-----
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen =		
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-565	-720
	-----	-----
Einzahlung aus der Aufnahme von Darlehen	400	0
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-577	-232
Auszahlung an Gesellschafter	<u>-35</u>	<u>-15</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-212	-247
	-----	-----
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	65	-257
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>549</u>	<u>806</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>614</u>	<u>549</u>

Der **Finanzmittelfonds** setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR	Veränderungen TEUR
Kasse/Bank =			
Finanzmittelfonds	614	549	65

Die Kapitalflussrechnung verdeutlicht, dass die Investitionen des Berichtsjahres, sowie die Tilgung der Darlehen vollständig durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden konnten. Der kurzfristige Finanzmittelfonds stieg um 65 TEUR auf 614 TEUR.

Die Zahlungsbereitschaft des Eigenbetriebs war im Berichtsjahr und zum Prüfungszeitpunkt jederzeit gegeben.

Wesentliche Kennzahlen zur Finanz- und Vermögensstruktur

	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
$\frac{(\text{Eigenmittel} + \text{langfristige Fremdmittel}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$ <p style="text-align: center;">= Anlagendeckung II in %</p>	$\frac{(16.975 + 3.072) \times 100}{20.072}$ <p style="text-align: center;">99,88</p>	$\frac{(16.916 + 3.275) \times 100}{20.134}$ <p style="text-align: center;">100,28</p>
$\frac{\text{Jahresergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$ <p style="text-align: center;">= Eigenkapitalrentabilität in %</p>	$\frac{23 \times 100}{2.252}$ <p style="text-align: center;">1,02</p>	$\frac{39 \times 100}{2.264}$ <p style="text-align: center;">1,72</p>
$\frac{\text{Fremdmittel}}{\text{Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit}}$ <p style="text-align: center;">= Dynamischer Verschuldungsgrad in Jahren</p>	$\frac{3.809}{842}$ <p style="text-align: center;">4,52</p>	$\frac{3.862}{710}$ <p style="text-align: center;">5,44</p>

Der Anlagendeckungsgrad beschreibt das Verhältnis des langfristig gebundenen Vermögens zum langfristig nutzbaren Kapital. Der anzustrebende Anlagendeckungsgrad II beträgt 100 % oder mehr.

Die Eigenkapitalrentabilität beschreibt die Verzinsung der eingesetzten Gesellschaftergelder.

Der dynamische Verschuldungsgrad zeigt als Jahreszahl auf, in welchem Zeitraum die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Fremdmittel bei gleich bleibenden Geldzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit getilgt werden können.

3. Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 2**) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnung der beiden Geschäftsjahre 2013 und 2012 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen. Zur besseren Analyse haben wir, abweichend von der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung, einmalige und periodenfremde sowie betriebsfremde Erträge und Aufwendungen in das neutrale Ergebnis umgliedert.

a) Gesamtbetrieb

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	2.324	99,9	2.130	99,9	194	9,1
Aktivierete Eigenleistungen	3	0,1	3	0,1	0	0,0
Gesamtleistung	2.327	100,0	2.133	100,0	194	9,1
Materialaufwand	879	37,8	668	31,3	211	31,6
Rohhertrag	1.448	62,2	1.465	68,7	-17	-1,2
<hr/>						
Sonstige betriebliche Erträge	88	3,8	86	4,0	2	2,3
<hr/>						
Normalabschreibungen	623	26,8	604	28,3	19	3,1
Personalaufwand	419	18,0	426	20,0	-7	-1,6
Zuführung Sonderposten	139	6,0	143	6,7	-4	-2,8
Fremdbezogene Leistungen	60	2,6	67	3,1	-7	-10,4
Abgaben, Gebühren	31	1,3	31	1,5	0	0,0
Beratungs- und Prüfkosten	13	0,6	14	0,7	-1	-7,1
Abwasser-, Labor- und Kanaluntersuchungen	27	1,2	36	1,7	-9	-25,0
Sonstiger Aufwand inklusive betriebliche Steuern	62	2,7	55	2,6	7	12,7
Betriebliche Aufwendungen	1.374	59,2	1.376	64,6	-2	-0,1
<hr/>						
Betriebsergebnis	162	6,8	175	8,1	-13	-7,4
Finanzergebnis	-131	-5,6	-140	-6,6	9	-6,4
Neutrales Ergebnis	-8	-0,3	4	0,2	-12	-300,0
<hr/>						
Jahresüberschuss	23	0,9	39	1,7	-16	-41,0

Die Gesamtleistung des Eigenbetriebs hat sich gegenüber dem Vorjahr um 194 TEUR (9,1 %) auf 2.327 TEUR erhöht. Ursächlich hierfür sind insbesondere Abrechnungskorrekturen für Vorjahre und die Erhöhung der Regenwassergebühr.

Der Materialaufwand stieg um 211 TEUR (31,6 %) auf 879 TEUR. Der Rohertrag beläuft sich auf 1.448 TEUR (im Vorjahr: 1.465 TEUR). Die relative Rohertragsspanne beträgt 62,2 % (im Vorjahr: 68,7 %).

Zum Anstieg der Normalabschreibungen um 19 TEUR (3,1 %) auf 623 TEUR verweisen wir auf unsere Ausführungen zum Anlagevermögen.

Der leichte Rückgang der Personalaufwendungen ist auf geringere Aufwendungen für ausstehenden Urlaub zurückzuführen.

Das **Betriebsergebnis** beläuft sich auf 162 TEUR (im Vorjahr: 175 TEUR).

Das **Finanzergebnis** hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund geringerer Zinsaufwendungen um 9 TEUR verbessert.

Das **neutrale Ergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	2013 TEUR	2012 TEUR	Veränderungen	
			TEUR	%
Periodenfremde Erträge	1	2	-1	-50,0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0	5	-5	-100,0
Neutrale Erträge	1	7	-6	-85,7

Periodenfremde Aufwendungen =				
Neutrale Aufwendungen	-9	-3	-6	200,0

Neutrales Ergebnis	-8	4	-12	-300,0

Insgesamt ergibt sich in 2013 ein **Jahresüberschuss** von **23 TEUR** (im Vorjahr: 39 TEUR).

b) Schmutzwasser

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	1.613	99,8	1.540	99,8	73	4,7
Aktivierete Eigenleistungen	3	0,2	3	0,2	0	0,0
Gesamtleistung	1.616	100,0	1.543	100,0	73	4,7
Materialaufwand	579	35,8	499	32,3	80	16,0
Rohhertrag	1.037	64,2	1.044	67,7	-7	-0,7

Sonstige betriebliche Erträge	21	1,3	15	1,0	6	40,0

Normalabschreibungen	432	26,7	414	26,8	18	4,3
Personalaufwand	320	19,8	324	21,0	-4	-1,2
Sonstiger Aufwand	225	13,9	239	15,5	-14	-5,9
Betriebliche Aufwendungen	977	60,4	977	63,3	0	0,0

Betriebsergebnis	81	5,1	82	5,4	-1	-1,2
Finanzergebnis	-74	-4,6	-78	-5,1	4	-5,1
Neutrales Ergebnis	-8	-0,5	5	0,3	-13	-260,0

Jahresüberschuss	-1	0,0	9	0,6	-10	-111,1

c) Niederschlagswasser

	2013		2012		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	711	100,0	590	100,0	121	20,5
Aktivierete Eigenleistungen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Gesamtleistung	711	100,0	590	100,0	121	20,5
Materialaufwand	300	42,2	169	28,6	131	77,5
Rohhertrag	411	57,8	421	71,4	-10	-2,4

Sonstige betriebliche Erträge	67	9,4	70	11,9	-3	-4,3

Normalabschreibungen	191	26,9	190	32,2	1	0,5
Personalaufwand	99	13,9	102	17,3	-3	-2,9
Sonstiger Aufwand inklusive betriebliche Steuern	106	14,9	107	18,1	-1	-0,9
Betriebliche Aufwendungen	396	55,7	399	67,6	-3	-0,8

Betriebsergebnis	82	11,5	92	15,6	-10	-10,9
Finanzergebnis	-58	-8,2	-62	-10,5	4	-6,5
Neutrales Ergebnis	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Jahresüberschuss	24	3,4	30	5,1	-6	-20,0

E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Absatz 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 „Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG“ beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebsatzung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der **Anlage 8** dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Werksleitung von Bedeutung sind.

II. Feststellungen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs geben keinen Anlass zur Beanstandung.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 (**Anlagen 1 bis 3**) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 (**Anlage 4**) der Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -, Schwarzenbek, unter dem Datum vom 23. Juni 2014 in Lübeck den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -, Schwarzenbek, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Durch § 13 Absatz 1 Nr. 3 KPG SH wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Absatz 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Absatz 1 Nr. 3 KPG SH unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Werkleitung des Eigenbetriebs sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chance und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

mercurius gmbh
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke
Wirtschaftsprüfer“

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung der Abschlussprüfung (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Lübeck, den 23. Juni 2014

mercurius gmbh
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -, Schwarzenbek

BILANZ

zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR		EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Stammkapital		1.000.000,00	1.000.000,00
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.104,12	2.555,75	II. Rücklagen			
				1. Allgemeine Rücklage	272.255,54		272.255,54
				2. Rücklage aus öffentlichen Zuschüssen	<u>953.212,71</u>		<u>953.212,71</u>
						1.225.468,25	1.225.468,25
II. Sachanlagen				III. Gewinn des Geschäftsjahres			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	292.554,15		272.942,90	1. Gewinn des Vorjahres	38.791,93		15.101,42
2. Grundstücke ohne Bauten	1.179.129,47		1.179.129,47	2. Verwendung für den Haushalt der Stadt Schwarzenbek	-34.989,50		-15.101,42
3. Abwasserreinigungsanlagen	2.989.145,35		2.824.450,76	3. Jahresgewinn	<u>23.114,70</u>		<u>38.791,93</u>
4. Abwassersammlungsanlagen	15.568.134,95		15.749.065,75			26.917,13	38.791,93
5. Betriebs- und Geschäftsaustattung	31.944,85		49.925,85	B. Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen		1.559.837,28	1.420.516,70
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>10.506,58</u>		<u>56.098,48</u>	C. Empfangene Ertragszuschüsse			
		20.071.415,35	20.131.613,21	1. Kanalanschlussbeiträge	2.100.011,82		2.100.011,82
B. Umlaufvermögen				2. Baukostenzuschüsse Lanken	15.253,79		16.563,79
I. Vorräte				3. Baukostenzuschüsse öffentliche Entwässerung	3.082.175,20		3.148.228,86
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		26.742,05	29.686,38	4. Unentgeltlich überlassene Entwässerungsanlagen	5.793.137,64		5.793.137,64
				5. Entwässerungsanlagen Stadt	2.133.643,67		2.133.643,67
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				6. Instandhaltungszuschüsse	<u>39.072,00</u>	13.163.294,12	<u>13.230.657,78</u>
1. Forderungen aus Liefe- rungen und Leistungen	24.765,97		16.247,50	D. Rückstellungen			
2. Forderungen gegen die Stadt Schwarzenbek	40.574,21		44.612,62	Sonstige Rückstellungen		277.150,00	277.130,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.028,29</u>		<u>326,58</u>	E. Verbindlichkeiten			
		67.368,47	61.186,70	1. Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	3.296.371,63		3.473.658,51
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		614.078,55	549.305,52	2. Verbindlichkeiten aus Liefe- rungen und Leistungen	158.874,61		68.746,55
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.834,26	3.870,27	3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Schwarzenbek	51.619,68		29.022,50
				4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>24.010,10</u>		<u>14.225,61</u>
						3.530.876,02	<u>3.585.653,17</u>
		20.783.542,80	20.778.217,83			20.783.542,80	20.778.217,83

Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -, Schwarzenbek

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		2.323.868,16	2.129.884,44
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		2.634,83	3.496,85
3. Sonstige betriebliche Erträge		89.041,54	92.233,67
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	252.698,70		234.986,44
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	596.538,83		404.416,57
c) Sonstige Aufwendungen	<u>29.800,27</u>		<u>28.525,06</u>
		879.037,80	667.928,07
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	329.691,40		337.164,64
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>89.610,39</u>		<u>88.452,33</u>
		419.301,79	425.616,97
- davon für Altersversorgung EUR 25.032,32 (EUR 24.459,09)			
6. Abschreibungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		622.553,67	604.474,21
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		340.298,62	348.739,14
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		996,58	2.817,45
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>131.736,40</u>	<u>142.433,12</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		23.612,83	39.240,90
11. Sonstige Steuern		498,13	448,97
		<hr/>	<hr/>
12. Jahresgewinn		23.114,70	38.791,93
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Nachrichtlich:

Behandlung des Jahresgewinn:

-zur Abführung an den Haushalt der Stadt:

23.114,70

-auf neue Rechnung vorzutragen:

0,00

Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -, Schwarzenbek

ANHANG zum Geschäftsjahr 2013

I Allgemeine Angaben

Die Abwasserbeseitigung der Stadt Schwarzenbek wurde bis einschließlich des Kalenderjahres 2004 als kostenrechnende Einrichtung im Rahmen des städtischen Haushaltes geführt. Sie war dabei rechtlich und organisatorisch Teil der Stadtverwaltung. Das kommunale Haushaltsrecht galt hier ohne Einschränkungen.

Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15. April 2005 wurde die Abwasserbeseitigung rückwirkend zum 1. Januar 2005 aus dem städtischen Haushalt herausgelöst. Sie wird als Eigenbetrieb der Stadt Schwarzenbek geführt und unterliegt den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts.

Der Jahresabschluss für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land Schleswig-Holstein (EigVO S-H) sowie des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Die Wertangaben erfolgten in gerundeten Euro und TEUR.

II Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unveränderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

1. Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer oder dem niedrigeren beizulegenden Wert zum Bilanzstichtag bewertet. Bei der Bemessung der Anschaffungs- und Herstellungskosten wurde im Jahr 2013 eine Eigenleistung in Höhe von 2.634,83 Euro erbracht. Für die Bewertung der Eigenleistung wurde neben den Lohneinzelkosten auch ein angemessener Gemeinkostenzuschlag berücksichtigt. Die planmäßigen Abschreibungen auf die Gegenstände des Anlagevermögens wurden ausschließlich nach der linearen Methode und in der Regel mit denselben Abschreibungssätzen wie im Vorjahr vorgenommen. Die Restbuchwerte des Anlagevermögens des Jahres 2013 sinken auf einen Wert von 20.072.519,47 Euro. Die Senkung in Höhe von 61.649,49 Euro resultiert im Wesentlichen aus dem Werteverzehr. Die Abschreibungen im Jahr 2013 sind höher als die verbuchten Zugänge.

Die Vermögensgegenstände wurden im Jahr der Anschaffung zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter mit einem Wert zwischen 150 Euro und 1.000 Euro netto werden im Jahr des Zugangs in ein Pool gestellt und über fünf Jahre gleichmäßig abgeschrieben. Wirtschaftsgüter mit einem Wert zwischen 150 Euro und 1.000 Euro netto aus den Vorjahren wurden weitergehend mit 20 % abgeschrieben.

Im Bau befindliche Anlagen wurden zu Herstellungskosten bewertet.

2. Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden mit den Anschaffungskosten, bei Vorliegen wertmindernder Umstände mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.
3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zum Nennwert bewertet. Die Risiken in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden durch Wertberichtigungen angemessen berücksichtigt. Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden Forderungen in Höhe von 946,90 Euro ausgebucht. Es wurden Forderungen in Höhe von 4.151,54 Euro wertberichtigt.

4. Von dem Wahlrecht, gemäß § 6 KAG S-H für die Gebührenermittlung die Abschreibung anhand der Wiederbeschaffungszeitwerte zu ermitteln, wurde Gebrauch gemacht. Der die nominellen Abschreibungen übersteigende Betrag wurde voll in den Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen eingestellt.
5. Empfangene Ertragszuschüsse aus Baukostenzuschüssen für die öffentliche Niederschlagswasserentsorgung werden bilanziell als gesonderter Passivposten erfasst und korrespondierend zu den Abschreibungen der betreffenden Anlagen ertragswirksam aufgelöst.
6. Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten in ausreichendem Maße Rechnung. Die Bewertung erfolgte jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden nicht abgezinst.
7. Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet.
8. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Im Sinne einer sachgerechten Zuordnung und zur Erhöhung der Transparenz wurden die Erträge aus der Auflösung der Baukostenzuschüsse in Höhe von 68 TEUR unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

III Angaben zur Bilanz

III.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens in der Zeit vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013 sowie die Abschreibungen des laufenden Geschäftsjahres und die aufgelaufenen Abschreibungen sind im nachfolgenden Brutto-Anlagenspiegel gesondert dargestellt.

III.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

<u>Art der Forderung</u>	<u>Gesamtbetrag</u>		davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr
	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2013</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25	16	0
2. Forderungen gegen die Stadt Schwarzenbek	41	45	0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>68</u>	<u>61</u>	<u>0</u>

III.3 Sonstige Rückstellungen

	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Klärschlammvererdung	211	136
Abwasserabgabe	29	0
Beratungs- und Prüfungskosten	11	11
Urlaubsrückstellungen	12	19
Instandhaltungen	0	97
Jahresabschlusskosten	6	6
Ausstehende Rechnungen	1	1
Sonstige	<u>7</u>	<u>7</u>
	<u>277</u>	<u>277</u>

III.4 Verbindlichkeiten

	Gesamtbetrag		davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	davon mit einer Restlaufzeit von zwei zu fünf Jahren	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren
	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2013</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.296	3.474	224	198	2.281
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	159	69	159	69	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Schwarzenbek	52	29	52	29	0
4. Sonstige Verbindlichkeiten; davon aus Steuern: 0 TEUR, davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 TEUR	<u>24</u>	<u>14</u>	<u>24</u>	<u>14</u>	<u>0</u>
Gesamt	<u>3.531</u>	<u>3.586</u>	<u>459</u>	<u>310</u>	<u>2.281</u>

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Zinsabgrenzungen in Höhe von 22,8 TEUR enthalten.

IV Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Schmutzwasser</u>		
Schmutzwasserentsorgung	1.573	1.501
Schmutzwasser Lanken	<u>40</u>	<u>39</u>
	<u>1.613</u>	<u>1.540</u>
<u>Niederschlagswasser</u>		
Niederschlagswasser privat	508	439
Niederschlagswasser öffentlich	<u>202</u>	<u>151</u>
	<u>710</u>	<u>590</u>
	<u>2.323</u>	<u>2.130</u>

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen 0,3 TEUR (im Vorjahr 5,5 TEUR) sowie periodenfremde Erträge über 1,0 TEUR (im Vorjahr 2,1 TEUR).

V Ergänzende Angaben

V.1 Organe des Eigenbetriebes

V.1.1 Werkleitung

Die Werkleitung oblag im Berichtsjahr Frau Corinna Romahn (kaufmännische Werkleiterin) sowie bis zum 31. Mai 2013 Herrn Jörg Balk (technischer Werkleiter). Herr Reinhard Cordes übernahm zum 1. Juni 2013 die Tätigkeit des technischen Werkleiters.

V.1.2 Werkausschuss

Der Werkausschuss setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Bis zum Mai 2013:

<u>Name</u>		<u>Funktion</u>
Herr Nils Hilger	SPD	Vorsitzender
Herr Stefan Rumpf-Ott	SPD	Stellvertretender Vorsitzender
Frau Sigrid Binder	SPD	Mitglied
Herr Karsten Beckmann	CDU	Mitglied
Herr Gerhard Moldenhauer	CDU	Mitglied
Herr Hans-Heino Müller	CDU	Mitglied
Herr Jürgen Heitmann	FWS	Mitglied
Frau Margret Jennrich	FWS	Mitglied
Herr Oliver Ploen	FWS	Mitglied

Die konstituierende Sitzung nach der Kommunalwahl fand am 13.06.2013 statt. Danach veränderte sich der Bauausschuss wie folgt:

<u>Name</u>		<u>Funktion</u>
Herr Oliver Panak	Grüne	Vorsitzender
Frau Sigrid Binder	SPD	Stellvertretender Vorsitzender
Herr Heiner Wilhelmi	SPD	Mitglied
Herr Stefan Rumpf-Ott	SPD	Mitglied
Herr Roman Larisch	CDU	Mitglied
Herr Stefan Schlüter	CDU	Mitglied
Frau Margret Jennrich	FWS	Mitglied
Frau Ursula Wähling	FWS	Mitglied
Herr Peter Schu	FDP/Freie Bürger	Mitglied

V.2 Gesamtbezüge der Werkleitung

Der Eigenbetrieb hat Gesamtbezüge in Höhe von 17.636,76 Euro an die Werkleitung gezahlt.

V.3 Mitarbeiterzahl

Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitarbeiterzahl – unverändert zum Vorjahr – neun.. Die Berechnung erfolgt methodisch nach § 267 Abs. 5 HGB.

V.4 Abschlussprüferhonorar

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB für das Geschäftsjahr 2013 beträgt für die Abschlussprüfung 11 TEUR.

V.5 Gewinnverwendung

Die Geschäftsleitung schlägt der Stadtverordnetenversammlung für das Geschäftsjahr 2013 folgende Gewinnverwendung vor:

	EUR
Jahresüberschuss 2013	23.114,70
Vortrag auf neue Rechnung 2013	<u>3.802,43</u>
Gesamtüberschuss 2013	<u>26.917,13</u>

Auszahlung der Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 26.917,13 Euro.

Schwarzenbek, 10. Februar 2014

Corinna Romahn
Kaufmännische Werkleiterin

Reinhard Cordes
Technischer Werkleiter

Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2013

	<u>Anschaffungs- und Herstellungskosten</u>					<u>Abschreibungen</u>	<u>Buchwert</u>		<u>Abschreibungen</u>
	Stand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand	kumuliert	Stand	Stand	Geschäftsjahr
	01.01.2013				31.12.2013	Stand	31.12.2013	31.12.2012	2013
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähn- liche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	16.822,37	0,00	0,00	0,00	16.822,37	15.718,25	1.104,12	2.555,75	1.451,63
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke mit Geschäfts- Betriebs- und anderen Bauten	733.159,58	34.611,52	0,00	0,00	767.771,10	475.216,95	292.554,15	272.942,90	15.000,27
2. Grundstücke ohne Bauten	1.179.129,47	0,00	0,00	0,00	1.179.129,47	0,00	1.179.129,47	1.179.129,47	0,00
3. Abwasserreinigungsanlagen	6.619.753,90	109.242,28	59.479,39	269.203,82	6.938.720,61	3.949.575,26	2.989.145,35	2.824.450,76	212.685,51
4. Abwassersammlungsanlagen	22.631.606,38	193.206,19	13.986,03	0,00	22.810.826,54	7.242.691,59	15.568.134,95	15.749.065,75	370.629,61
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	220.205,17	4.805,65	978,18	0,00	224.032,64	192.087,79	31.944,85	49.925,85	22.786,65
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	56.098,48	223.611,92	0,00	-269.203,82	10.506,58	0,00	10.506,58	56.098,48	0,00
	<u>31.439.952,98</u>	<u>565.477,56</u>	<u>74.443,60</u>	<u>0,00</u>	<u>31.930.986,94</u>	<u>11.859.571,59</u>	<u>20.071.415,35</u>	<u>20.131.613,21</u>	<u>621.102,04</u>
	<u>31.456.775,35</u>	<u>565.477,56</u>	<u>74.443,60</u>	<u>0,00</u>	<u>31.947.809,31</u>	<u>11.875.289,84</u>	<u>20.072.519,47</u>	<u>20.134.168,96</u>	<u>622.553,67</u>

Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -, Schwarzenbek

LAGEBERICHT zum Geschäftsjahr 2013

A DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFES

1 Allgemeines

Der Eigenbetrieb der Stadt Schwarzenbek wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15. April 2005 rückwirkend zum 1. Januar 2005 gegründet.

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Beseitigung des in dem Einzugsgebiet der Stadt Schwarzenbek anfallenden Abwassers als

- eine selbstständige Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung
- eine selbstständige Einrichtung zur zentralen Niederschlagsabwasserbeseitigung
- eine selbstständige Einrichtung zur Beseitigung des in Grundstückskläranlagen (Kleinkläranlage oder abflusslose Gruben) gesammelten Abwassers (dezentrale Abwasserbeseitigung).

Im Folgenden werden für Vergleichszwecke die Daten des Jahresabschlusses 2013 den Daten des Jahresabschlusses 2012 gegenübergestellt.

2 Umsatzentwicklung

Insgesamt hat der Eigenbetrieb im Geschäftsjahr 2013 Umsatzerlöse in Höhe von 2.324 TEUR erwirtschaftet, die sich wie folgt zusammensetzen:

	<u>2013</u> <u>TEUR</u>	<u>2012</u> <u>TEUR</u>	<u>Abweichung</u> <u>TEUR</u>
Schmutzwasserentsorgung	1.613	1.540	73
Niederschlagswasser	<u>711</u>	<u>590</u>	<u>120</u>
	<u>2.324</u>	<u>2.130</u>	<u>193</u>

3 Technische Daten

	<u>2013</u>
- Schmutzwasserentsorgung	
Länge der Schmutzwasserkanäle	ca. 52,2 km
Druckrohrleitungen	ca. 5,6 km
Kontrollschächte	1.434 Stück
Hausanschlüsse	3.657 Stück
Pumpwerke	10 Stück
Abwasserableitung	ca. 872.855 m ³
Einwohner Stand 31.12.2013	15.505
- Niederschlagswasserentsorgung	
Länge der Regenwasserkanäle	ca. 62,9 km
Druckrohrleitung	0,22 km
Kontrollschächte	1.876 Stück
Hausanschlüsse	3.497 Stück
Pumpwerke	2 Stück
Regenwasserrückhaltebecken	13 Stück
Einleitstellen	35 Stück

Schmutzwasserentsorgung

Die durch die Wasserbehörde Ratzeburg genehmigte Einleitmenge an gereinigtem Abwasser beträgt gemäß Bescheid 920.400 m³. Die Einleitmenge des Geschäftsjahres 2013 beträgt ca. 872.855 m³ und beinhaltet ca. 15% Fremdwasser. Die abgerechnete Abwassermenge für das Jahr 2013 beträgt insgesamt 730.541 m³ - zum Vergleich das Jahr 2012 mit abgerechneten 721.418 m³. Die abgerechnete Abwassermenge Stadt im Jahr 2013 beträgt 711.934 m³ - im Vergleich das Jahr 2012 mit 704.439 m³. Der Verbrauch ist in 2013 um 7.495 m³ leicht gestiegen. Das entspricht einem Umsatz von 14 TEUR.

Am Ende des Geschäftsjahres 2013 zeigt die Sparte Schmutzwasser Stadt ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Der Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen konnte nicht voll erwirtschaftet werden. Die nicht erwirtschafteten Abschreibungen zum Wiederbeschaffungswert in Höhe von 13 TEUR und die nicht erwirtschaftete Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 63 TEUR stellen einen Gesamtverlust in Höhe von 76 TEUR dar. Der Verlust der Sparte Schmutzwasser resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Rückstellung für die Klärschlamm Entsorgung in Höhe von 75 TEUR. Der Grund für die Anhebung des Rückstellungswertes ist die Veränderung der für die Verwertung des Klärschlammes geltenden Gesetze. Die derzeit geltenden Gesetze fordern einen niedrigeren Kupferwert des Klärschlammes, um diesen auf die Felder aufbringen zu dürfen. Der Kupferwert des Klärschlammes liegt über dem Grenzwert und muss somit verbrannt werden. Die Verbrennung ist deutlich teurer als die bisher eingeplante Aufbringung auf die Felder. Bis 2025 ist eine Zuführung der Rückstellung in Höhe von jährlich 75 TEUR geplant.

Die Nachkalkulation der Sparte Schmutzwasser hat einen höheren Verbrauchspreis bestätigt. Für die Kalkulationsperiode 2014 - 2016 wurde eine neue Schmutzwassergebühr in Höhe von 1,98 Euro/m³ berechnet (gültig ab dem 1.1.2014), um den zusätzlichen Mittelbedarf zu decken. Zur höheren Deckung der Fixkosten wurde die Grundgebühr bereits im Jahr 2013 angehoben und für die neue Kalkulationsperiode nicht verändert.

Schmutzwassersparte Lanken

Das Jahresergebnis der Sparte Schmutzwasser Lanken weist im Geschäftsjahr 2013 einen Verlust von 1 TEUR aus. Der durch Ablesung des Schmutzwasserzählers bestätigte Verbrauch beläuft sich auf 18.607 m³. Der verbuchte Umsatz im Jahr 2013 in Höhe von 40 TEUR entspricht nicht dem rechnerischen Umsatz (Menge multipliziert mit Preis). Die Vorausberechnung der Jahresgebühr, die folgend in vier Jahresabschlägen per Gebührenbescheid eingefordert wird, berechnet sich auf Basis des Vorjahresverbrauchs. Da sich der Verbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 1.628 m³ erhöht hat, wurden 3 TEUR zu wenig angesetzt und eingenommen. Die Korrektur wird im darauf folgenden Jahr vorgenommen. Die abgerechnete Menge für das Geschäftsjahr 2012 betrug 16.979 m³. Das entspricht einem Umsatz von 39 TEUR.

Das Entgelt für Abwasserentsorgung Lanken ist im Jahr 2012 von 1,98 Euro/m² auf 2,32 Euro/m² angehoben worden. Die Preiserhöhung wurde notwendig, da im Wirtschaftsjahr 2010 ein erheblicher Verlust in der Sparte Schmutzwasser Lanken erwirtschaftet wurde. Trotz der Einnahmensteigerung konnte im Wirtschaftsjahr 2013 kein Verlustausgleich erwirtschaftet werden. Die Nachkalkulation für die Sparte Lanken hat aufgrund des Verlustes einen Kalkulationspreis in Höhe von 2,34 Euro/m³ ergeben. Der derzeit gültige Preis von 2,32 Euro/m³ wird nicht angepasst, die Verrechnung des Verlustes wird in der derzeit gültigen Kalkulationsperiode vorgenommen. Die Erhöhung der Nachkalkulation resultiert aus dem höheren Teilkostensatz für die Abwasserreinigung im Klärwerk. Der Anstieg ist auf die höhere Rückstellung für die Klärschlammverbrennung zurück zu führen.

Niederschlagswasser

Über die 35 Einleitstellen wird das im Einzugsgebiet der Stadt Schwarzenbek anfallende Niederschlagswasser in Gewässer II. Ordnung eingeleitet. Diese Einleitstellen unterliegen einer wasserrechtlichen Erlaubnis und sind befristet.

Für den Bereich Niederschlagswasser zeigt das Geschäftsjahr 2013 einen Gewinn von 24 TEUR. Aufgeteilt in die entsprechenden Sparten ergibt das Jahresergebnis folgendes Bild: Das Ergebnis der Regenwassersammlung öffentlicher Flächen weist ein Ergebnis zu Null aus, das Ergebnis der privaten Flächen hingegen einen Gewinn in Höhe von 24 TEUR.

Die Gebühr für Niederschlagswasser wurde für die Kalkulationsperiode 2013-2015 mit 0,53 Euro/m² berechnet. Abgerechnet wurden im Jahr 2013 versiegelte Flächen in Höhe von 955.096 m². Die neue Gebührenkalkulation für die Periode 2014-2016 sieht keine Gebührenanhebung vor. Für das Jahr 2014 ist eine weitere Entschlammung eines Regenrückhaltebeckens eingeplant. Diese Maßnahme ist in der aktuellen Kalkulation berücksichtigt.

Der Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen konnte vollständig gefüllt werden. Die nominellen Abschreibungen wurden voll erwirtschaftet. Die Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 27 TEUR konnte nicht voll erwirtschaftet werden.

B DARSTELLUNG DER LAGE

1 Vermögenslage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt am 31. Dezember 2013 96,58 %.

Die **Anlagenzugänge** des Geschäftsjahres 2013 betragen insgesamt 565 TEUR. Sie entfallen auf:

	<u>TEUR</u>
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	34
Grundstücke ohne Bauten	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0</u>
	<u>39</u>
<u>Schmutzwasser</u>	
Abwasserreinigungsanlagen	109
Abwassersammlungsanlagen	190
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>224</u>
	<u>523</u>
<u>Niederschlagswasser</u>	
Abwassersammlungsanlagen	3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0</u>
	<u>3</u>
	<u>565</u>

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 224 TEUR resultieren aus den Investitionsvorhaben: Pumpwerk im Winkel (9 T€), Sandfang Feldstraße (8 T€) und der Photovoltaikanlage Freifläche Klärwerk (207 T€).

Das **Eigenkapital** entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

	Stand am 31.12.2012 <u>TEUR</u>	<u>Zugang</u> <u>TEUR</u>	Ver- wendung <u>TEUR</u>	Stand am 31.12.2013 <u>TEUR</u>
Stammkapital	1.000	0	0	1.000
Rücklagen				
Allgemeine Rücklage	272	0	0	272
Zweckgebundene Rücklage	953	0	0	953
Gewinnrücklage eigene Verwendung	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>2.225</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.225</u>
Gewinn/Verlust				
- Gewinn des Vorjahres	0	0	4	4
- Gewinn	<u>39</u>	<u>23</u>	<u>-39</u>	<u>23</u>
	<u>39</u>	<u>23</u>	<u>-35</u>	<u>27</u>
	<u>2.264</u>	<u>23</u>	<u>-35</u>	<u>2.252</u>

Der **Eigenkapitalanteil** ohne Gewinn an der um die Ertragszuschüsse gekürzten Bilanzsumme beträgt 29,20 %. Der Gewinn wird nach Feststellung des Jahresabschlusses als Eigenkapitalverzinsung an die Stadt vollständig ausgeschüttet.

Der **Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen** entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

	Stand am 31.12.2012 <u>TEUR</u>	<u>Zugang</u> <u>TEUR</u>	<u>Abgang</u> <u>TEUR</u>	Stand am 31.12.2013 <u>TEUR</u>
Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen	1.421	139	0	1.560

Insgesamt wurde für das Geschäftsjahr 2013 in den Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen ein Betrag in Höhe von 139 TEUR eingestellt. Die kalkulierten Mehrabschreibungen für die Sparte Schmutzwasser Lanken betragen 1 TEUR, für die Sparte Schmutzwasser 77 TEUR und für die Sparte Niederschlagswasser 61 TEUR. Die kalkulierten Mehrabschreibungen aus Wiederbeschaffungszeitwerten konnten für die Sparte Niederschlagswasser voll erwirtschaftet werden. Die Mehrabschreibungen aus dem Wiederbeschaffungszeitwert für Schmutzwasser konnten bis auf 13 TEUR erwirtschaftet werden und sind in den Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen eingestellt.

Die empfangenen **Ertragszuschüsse** zeigen folgende Entwicklung:

	<u>Stand am</u> <u>31.12.2012</u> <u>TEUR</u>	<u>Zugang/</u> <u>Abgang</u> <u>TEUR</u>	<u>Auflösung</u> <u>TEUR</u>	<u>Stand am</u> <u>31.12.2013</u> <u>TEUR</u>
Kanalanschlussbeiträge	2.100	0	0	2.100
BKZ Lanken	17	0	2	15
BKZ öffentliche Entwässerung	3.148	0	66	3.082
Unentgeltliche überlassene Entwässerungsanlagen	5.793	0	0	5.793
Entwässerungsanlagen Stadt	2.134	0	0	2.134
Instandh.zuschüsse RRB B404	<u>39</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>39</u>
	<u>13.231</u>	<u>0</u>	<u>68</u>	<u>13.163</u>

Diese Zuschüsse werden in Höhe der anteiligen jährlichen nominellen Abschreibungen ertragswirksam aufgelöst. Die Rückstellung für Instandhaltung für das Regenrückhaltebecken an der B 404 wurde im Wirtschaftsjahr 2012 in einen Ertragszuschuss für Instandhaltung gewandelt.

Die **Rückstellungen** haben sich wie folgt entwickelt:

	<u>Stand am</u> <u>31.12.2012</u> <u>TEUR</u>	<u>Verbrauch/</u> <u>Auflösung</u> <u>TEUR</u>	<u>Zuführung</u> <u>TEUR</u>	<u>Stand am</u> <u>31.12.2013</u> <u>TEUR</u>
Sonstige Rückstellungen	<u>277</u>	<u>141</u>	<u>141</u>	<u>277</u>
	<u>277</u>	<u>141</u>	<u>141</u>	<u>277</u>

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten:

	<u>TEUR</u>
Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	1
Rückstellungen für Urlaubsansprüche	12
Rückstellungen für Abwasserabgabe	29
Rückstellungen für RRB B404	0
Rückstellungen für Beratungs- und Prüfungskosten	11
Rückstellungen für Jahresabschlusskosten	6
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen	0
Rückstellung für Klärschlammvererdung	211
Rückstellungen für sonstiges	<u>7</u>
	<u>277</u>

Die Rückstellung für Abwasserabgabe musste mit 29 TEUR abgegrenzt werden, da die Rechnung zum Stichtag nicht eingegangen war. Die Rückstellung für Klärschlammvererdung wurde um 75 TEUR auf 211 TEUR aufgefüllt, um die nötigen Rücklagen für die künftige Klärschlammverbrennung zu schaffen.

Finanzlage

Das Anlagevermögen des Eigenbetriebes konnte wie im Vorjahr vollständig durch Eigenkapital, Ertragszuschüsse, Sonderposten und langfristiges Fremdkapital gedeckt werden. Das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital zum Anlagevermögen beträgt 102,16 % (2012 = 101,82 %). Im Geschäftsjahr 2013 verfügte der Eigenbetrieb jederzeit über ausreichende Liquidität. Die Darlehen wurden planmäßig getilgt.

3 Ertragslage

Die Eigenkapitalquote ist von 29,49 % (in 2012) auf 29,20 % (in 2013) gesunken. Der Jahresüberschuss beträgt 23 TEUR. Das Sinken der Eigenkapitalquote im Geschäftsjahr 2013 ist auf eine stärkere Vermögensstruktur (Bank) im Verhältnis zum Eigenkapital zurückzuführen.

Aufteilung der Erlöse für die Abwasserentsorgung

- Schmutzwasser

Seit dem 1. Januar 2013 wird eine Gebühr in Höhe von 1,86 Euro pro m³ und eine Grundgebühr gestaffelt nach Zählergröße erhoben. Für Lanken wird seit dem 1. Januar 2012 ein Entgelt in Höhe von 2,32 Euro pro m³ erhoben. Insgesamt wurden 730.541 m³ Abwasser entsorgt. Die Erlöse sind aufgrund der Erhöhung der Grundgebühr über alle Zähler (ab 1. Januar 2013) deutlich gestiegen.

Die **Erlöse** aus der **Schmutzwasserentsorgung** setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>2013</u> <u>TEUR</u>	<u>2012</u> <u>TEUR</u>	<u>Abweichung</u> <u>TEUR</u>
Schmutzwasserentsorgung	1.573	1.501	72
Schmutzwasser Lanken	<u>40</u>	<u>39</u>	<u>1</u>
	<u>1.613</u>	<u>1.540</u>	<u>73</u>

- Niederschlagswasser

Für das Niederschlagswasser wird seit dem 1. Januar 2013 eine Gebühr von 0,53 Euro je m² erhoben. Die Erlöse sind aufgrund der Gebührenerhöhung deutlich gestiegen.

Die **Erlöse** aus der **Oberflächenentwässerung** setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>2013</u> <u>TEUR</u>	<u>2012</u> <u>TEUR</u>	<u>Abweichung</u> <u>TEUR</u>
Regenwasser privat	508	439	69
Regenwasser öffentlich	<u>203</u>	<u>151</u>	<u>51</u>
	<u>711</u>	<u>590</u>	<u>120</u>

Personalentwicklung und Aufwendungen im Berichtsjahr

Personalentwicklung

Es wurden ein Angestellter, vier Gewerbliche, ein Gewerblicher zu 49,6 % und ein gewerblich Auszubildender in Vollzeit, ein Angestellter zu 80 % und eine Angestellte zu 100 % in Vollzeit und eine Angestellte zu 50 % in Teilzeit beschäftigt.

Personalaufwendungen

	<u>2013</u> <u>TEUR</u>	<u>2012</u> <u>TEUR</u>	<u>Abweichung</u> <u>TEUR</u>
Die Personalaufwendungen belaufen sich auf	<u>419</u>	<u>426</u>	<u>7</u>
davon entfallen auf Gehälter	330	337	7
davon entfallen auf Sozialabgaben	64	64	0
davon entfallen auf Aufwendungen für Altersversorgung	25	25	0
davon entfallen auf übrige Personalkosten	0	0	0

Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Jahr 2012 leicht gesunken. Die Urlaubsrückstellungen sind um 7 TEUR geringer als im Vorjahr.

C VORGÄNGE BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM ENDE DES GESCHÄFTSJAHRES

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres waren nicht zu verzeichnen.

D VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG

1 Vorausschau

Insgesamt sieht der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 eine Eigenkapitalverzinsung von 98 TEUR vor. Davon entfallen auf die Schmutzwassersparte 40 TEUR und auf die Regenwassersparte 58 TEUR. Die Verzinsung des Eigenkapitals mit 5% errechnet einen Wert von 64 TEUR. Der nicht erwirtschaftete Eigenkapitalzins aus den Jahren 2008-2012 beläuft sich auf 34 TEUR. Der Anteil des nachzuholenden Eigenkapitalzinses ist in der Regenwassersparte mit 30 TEUR deutlich höher als bei der Schmutzwassersparte.

Im November 2012 wurde für die Sparte Schmutzwasser eine Erhöhung der Grundgebühr gestaffelt nach Zählergröße und eine verbrauchsabhängige Gebühr von 1,86 Euro/m³ - gültig ab 1.1.2013 – sowie eine Erhöhung der Niederschlagswassergebühr auf 0,53 Euro/m² durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Aus den Nachkalkulationen der Sparte Schmutzwasser der Jahre 2009-2012 ist eine Eigenkapitalverzinsung von 4 TEUR nachzuholen, die in der Kalkulationsperiode 2013-2015 berücksichtigt wurde, sowie 23 TEUR nicht erwirtschaftete Abschreibungen.

Im Wirtschaftsjahr 2013 zeichnete sich bereits im Frühjahr eine Veränderung in der Klärschlammverwertung auf. Die Aufbringung der Klärschlämme auf die Felder zur landwirtschaftlichen Verwertung ist aufgrund der sinkenden Kupferwertbegrenzungen für den Eigenbetrieb Abwasser der Stadt Schwarzenbek nun nicht mehr möglich. Aufgrund der Grenzwertüberschreitung ist jetzt die Verbrennung als Entsorgungsmöglichkeit in Betracht zu ziehen. Da die Verbrennungskosten deutlich über denen der landwirtschaftlichen Verwertung liegen, müssen die Rückstellungen angehoben werden, um ab dem Jahr 2016/2017 mit der Verbrennung beginnen zu können. Um diesen erhöhten Aufwand finanzieren zu können, musste die Verbrauchsgebühr zum 1.1.2014 auf 1,98 Euro/m³ angehoben werden. Die Grundgebühren wurden für die neue Kalkulationsperiode 2014-2016 nicht verändert.

Für die Kalkulationsperiode 2013-2015 erhöhte sich die Niederschlagswassergebühr ab dem 1.1.2013 auf 0,53 Euro /m². Die Erhöhung resultiert aus der nachzuholenden Eigenkapitalverzinsung aus den Nachkalkulationen der Jahre 2009-2012 in Höhe von 30 TEUR. Die Niederschlagswassergebühr ändert sich in der neuen Kalkulationsperiode 2014-2016 nicht.

Das Entgelt für die Schmutzwasserentsorgung Lanken wurde zum 1.1.2012 auf 2,32 Euro/m³ festgesetzt. Die Kalkulationen der Perioden 2013-2015 und 2014-2016 ergaben keine Veränderung des Entgeltes. Der Verlust des Jahres 2010 in Höhe von 6 TEUR wurde in den Kalkulationen berücksichtigt. Ein Verlustausgleich konnte im Wirtschaftsjahr 2013 nicht erzielt werden. Der Verlust des Jahres 2013 in Höhe von 1 TEUR wird im folgenden Wirtschaftsjahr 2014 verrechnet.

Das Investitionsvolumen der Sparte Schmutzwasser beträgt im Geschäftsjahr 2014 145 TEUR und setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen: Ein Anteil des Investitionsvorhabens in Höhe von ca. 80 TEUR umfasst die Sanierung des Pumpwerkes Eichenweg. Für die Rohrverlegung im neuen Baugebiet „Brüggemannsche Koppel“ sind ca. 50 TEUR eingeplant.

Zu dem Investitionsvolumen für 2014 in Höhe von 145 TEUR sind aufgrund bestehender Bankverbindlichkeiten Tilgungen in Höhe von 198 TEUR zu leisten. Die Investitionen und Tilgungen von insgesamt 343 TEUR sind über Abschreibungen zu finanzieren. Die verdienten Abschreibungen für das Jahr 2014 betragen voraussichtlich 600 TEUR, die Mehrabschreibungen nach dem Wiederbeschaffungszeitwert von 149 TEUR.

Von den Abschreibungen incl. Mehrabschreibungen vom Wiederbeschaffungszeitwert in Höhe von 749 TEUR sind die zahlungsunwirksamen Erträge aus der Auflösung der Baukostenzuschüsse in Höhe von 67 TEUR abzusetzen, so dass insgesamt liquide Mittel in Höhe von 682 TEUR zur Verfügung stehen.

Den Investitionen und Tilgungen von insgesamt 343 TEUR stehen somit liquide Mittel in Höhe von 682 TEUR gegenüber. Der Bankbestand abzüglich Verbindlichkeiten weist einen Rest von 102 TEUR aus. Die liquiden Mittel in Summe von 784 TEUR im Jahr 2014 reichen aus, um die Investitionssumme und die Tilgungen zu finanzieren.

Die voraussichtliche Geschäftslage, geschaffen durch eine entsprechende Preispolitik, lässt die Möglichkeit zu, Rücklagen für künftige Investitionen zu schaffen. Die nominellen und die Abschreibungen zum Wiederbeschaffungszeitwert sollten und müssen erwirtschaftet werden, so dass eine Eigenfinanzierung künftiger Investitionen möglich wird. Eine niedrige Kreditaufnahme sichert den stabilen Fortbestand des Unternehmens. Die Rücklage für Investitionen spiegelt sich als festverzinsliche Anlage in den liquiden Mitteln – Bankbestand – wider und sollte für diese genannten Zwecke verwandt werden.

2 Risiken der künftigen Entwicklung

Abwasserbetriebe sind als kostendeckende Einrichtungen keinen Preis- bzw. Absatzrisiken ausgesetzt. Die Risiken aus dem Betrieb der Kläranlage sind durch Versicherungen und den gesetzlichen Klärschlammfonds ausreichend abgedeckt. Der Betrieb der Kläranlage wird gemäß Selbstüberwachungsverordnung (SüVo) überwacht.

Schwarzenbek, 10. Februar 2014

.....
C. Romahn
(Kaufm. Werkleitung)

.....
R. Cordes
(Techn. Werkleitung)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -, Schwarzenbek, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Durch § 13 Absatz 1 Nr. 3 KPG SH wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Absatz 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Absatz 1 Nr. 3 KPG SH unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Werkleitung des Eigenbetriebs sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chance und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Lübeck, den 23. Juni 2014

mercurius gmbh
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hafke
Wirtschaftsprüfer

Erläuterungen zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Blatt</u>
Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013	
AKTIVSEITE	
A. Anlagevermögen	2
B. Umlaufvermögen	6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8
PASSIVSEITE	
A. Eigenkapital	9
B. Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen	10
C. Empfangene Ertragszuschüsse	10
D. Rückstellungen	11
E. Verbindlichkeiten	13
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013	 16

Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013**AKTIVSEITE****A. Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagevermögens des Geschäftsjahres 2013 ist in dem im Anhang (**Anlage 3**) beigefügten Anlagenspiegel dargestellt.

Die Abschreibungen erfolgten linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Von den Vereinfachungsregelungen gem. § 6 Absatz 2 und Absatz 2 a EStG wurde Gebrauch gemacht.

I. Immaterielle Vermögensgegenstände**Entgeltlich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche
Rechte und Werte sowie Lizenzen an
solchen Rechten und Werten**

		EUR	1.104,12
		(i.V. EUR	2.555,75)
	Stand 01.01.2013	Abschreibungen	Stand 31.12.2013
	EUR	EUR	EUR
Software	<u>2.555,75</u>	<u>1.451,63</u>	<u>1.104,12</u>

Die Abschreibungen erfolgten planmäßig über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren.

II. Sachanlagen**1. Grundstücke mit Geschäfts-,
Betriebs- und anderen Bauten**

			EUR	292.554,15
			(i.V. EUR	272.942,90)
	Stand 01.01.2013	Zugänge	Abschrei- bungen	Stand 31.12.2013
	EUR	EUR	EUR	EUR
Grundstücke und Bauten	<u>272.942,90</u>	<u>34.611,52</u>	<u>15.000,27</u>	<u>292.554,15</u>

Der Zugang betrifft das Dach des Betriebsgebäudes der Kläranlage.

Die Abschreibungen erfolgten planmäßig über eine Nutzungsdauer zwischen 20 und 80 Jahren.

2. Grundstücke ohne Bauten

	EUR	1.179.129,47
	(i.V. EUR	1.179.129,47)

	EUR	Vorjahr/EUR
Sonderbauwerke Regenwasser	925.965,28	925.965,28
Pumpwerke	237.481,40	237.481,40
Ausgleichsflächen	<u>15.682,79</u>	<u>15.682,79</u>
	<u>1.179.129,47</u>	<u>1.179.129,47</u>

3. Abwasserreinigungsanlagen EUR 2.989.145,35
(i.V. EUR 2.824.450,76)

	Stand 01.01.2013 EUR	Zugänge EUR	Um- buchungen EUR	Abgänge EUR	Abschrei- bungen EUR	Stand 31.12.2013 EUR
Anlagen baulich	2.385.102,18	88.344,45	269.203,82	1.066,00	129.271,02	2.612.313,43
Anlagen maschinell	299.939,31	14.930,57	0,00	0,00	52.941,70	261.928,18
Verbindende Rohrleitungen	88.316,11	0,00	0,00	0,00	7.079,36	81.236,75
Anlagen Elektrotechnik	51.093,16	5.967,26	0,00	0,00	23.393,43	33.666,99
	<u>2.824.450,76</u>	<u>109.242,28</u>	<u>269.203,82</u>	<u>1.066,00</u>	<u>212.685,51</u>	<u>2.989.145,35</u>

Die wesentlichen Zugänge bzw. Umbuchungen betreffen die freistehende Photovoltaikanlage bei der Kläranlage mit 214.433,65 Euro, die Photovoltaikanlage auf dem Dach des Betriebsgebäudes der Kläranlage mit 58.727,16 Euro, den Sandfang in der Feldstraße mit 54.770,17 Euro sowie die Sanierung eines Schlammolders in Höhe von 29.617,29 Euro.

Der Abgang betrifft den alten Sandfang in der Feldstraße.

Die Abschreibungen erfolgten planmäßig über eine Nutzungsdauer zwischen 8 und 66 Jahren.

4. Abwassersammlungsanlagen EUR 15.568.134,95
(i.V. EUR 15.749.065,75)

	Stand 01.01.2013 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschrei- bungen EUR	Stand 31.12.2013 EUR
Regenwasser- sammlung	6.812.156,13	3.039,09	0,00	145.513,36	6.669.681,86
Schmutzwasser- sammlung	5.106.494,32	3.039,09	0,00	113.770,40	4.995.763,01
Sonderbauwerke					
Regenwasser	2.429.381,89	0,00	0,00	41.750,50	2.387.631,39
Pumpwerke	1.401.033,41	187.128,01	3.507,38	69.595,35	1.515.058,69
	<u>15.749.065,75</u>	<u>193.206,19</u>	<u>3.507,38</u>	<u>370.629,61</u>	<u>15.568.134,95</u>

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen den Umbau (50.090,68 Euro), das Dach (46.250,66 Euro) und die Photovoltaikanlage (36.286,01 Euro) des Pumpwerkes Feldstraße.

Der Abgang betrifft eine Tauchmotorpumpe, die in 2011 angeschafft worden war.

Die Abschreibungen erfolgten planmäßig über eine Nutzungsdauer zwischen 8 und 66 Jahren.

5. Betriebs- und Geschäftsaustattung

EUR 31.944,85
(i.V. EUR 49.925,85)

	Stand 01.01.2013 EUR	Zugänge EUR	Abschrei- bungen EUR	Stand 31.12.2013 EUR
Bürotechnik	16.923,30	3.903,68	16.203,08	4.623,90
Einrichtungsgegenstände	13.522,40	0,00	1.793,99	11.728,41
Laborgeräte	6.590,98	0,00	1.489,18	5.101,80
Werkzeuge	10.497,52	0,00	2.201,98	8.295,54
Geringwertige Anlage- güter (Sammelposten)	2.391,65	901,97	1.098,42	2.195,20
	<u>49.925,85</u>	<u>4.805,65</u>	<u>22.786,65</u>	<u>31.944,85</u>

Die Abschreibungen erfolgten planmäßig über eine Nutzungsdauer zwischen 3 und 20 Jahren.

Die geringwertigen Anlagegüter mit Anschaffungskosten zwischen 150,00 Euro und 1.000,00 Euro werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften in einem Sammelposten erfasst und über 5 Jahre linear abgeschrieben.

**6. Geleistete Anzahlungen
und Anlagen im Bau**

	Stand 01.01.2013 EUR	Zugänge EUR	Um- buchungen EUR	Stand 31.12.2013 EUR
				EUR 10.506,58
				(i.V. EUR 56.098,48)
Sandfang Feldstraße	46.766,95	8.003,22	-54.770,17	0,00
Photovoltaikanlage Kläranlage Schaltanlage PW im Winkel	7.731,53	206.702,12	-214.433,65	0,00
	0,00	8.906,58	0,00	8.906,58
Sandfang Meierstraße	1.600,00	0,00	0,00	1.600,00
	<u>56.098,48</u>	<u>223.611,92</u>	<u>-269.203,82</u>	<u>10.506,58</u>

B. Umlaufvermögen**I. Vorräte**

<u>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</u>	EUR 26.742,05
	(i.V. EUR 29.686,38)

Die körperliche Bestandsaufnahme der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte durch eine permanente Inventur. Wir haben uns in Stichproben von der Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens überzeugt.

**II. Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände****1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

EUR	24.765,97
(i.V. EUR	16.247,50)

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	28.917,51	17.075,50
abzüglich: Einzelwertberichtigungen	<u>-4.151,54</u>	<u>-828,00</u>
	<u>24.765,97</u>	<u>16.247,50</u>

Der Bestand wurde durch eine Saldenliste nachgewiesen.

2. Forderungen gegen die Stadt Schwarzenbek

EUR	40.574,21
(i.V. EUR	44.612,62)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen den Anschlussbeitrag des Gymnasiums Buschkoppel sowie Forderungen aus Abwassergebühren.

3. Sonstige Vermögensgegenstände

EUR	2.028,29
(i.V. EUR	326,58)

**III. Kassenbestand, Guthaben
bei Kreditinstituten**

	EUR	614.078,55
	(i.V. EUR	549.305,52)
	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
VR-Bank - Kto. 54460460	508.812,17	457.838,26
VR-Bank - Kto. 460460	<u>90.672,99</u>	<u>79.284,04</u>
	599.485,16	537.122,30
	-----	-----
 Kreissparkasse - Kto. 944181	 14.593,39	 6.717,93
	-----	-----
 HypoVereinsbank AG - Kto. 622702470	 0,00	 5.465,29
	-----	-----
	<u>614.078,55</u>	<u>549.305,52</u>

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	EUR	2.834,26
	(i.V. EUR	3.870,27)

Der Ausweis betrifft im Wesentlichen abgegrenzte Versicherungsbeiträge für 2014.

PASSIVSEITE**A. Eigenkapital****I. Stammkapital**

	EUR	1.000.000,00
(i.V. EUR		1.000.000,00)

II. Rücklagen**1. Allgemeine Rücklage**

	EUR	272.255,54
(i.V. EUR		272.255,54)

2. Rücklage aus öffentlichen Zuschüssen

	EUR	953.212,71
(i.V. EUR		953.212,71)

III. Gewinn des Geschäftsjahres**1. Gewinn des Vorjahres**

	EUR	38.791,93
(i.V. EUR		15.101,42)

**2. Verwendung für den Haushalt
der Stadt Schwarzenbek**

	EUR	-34.989,50
(i.V. EUR		-15.101,42)

3. Jahresgewinn

	EUR	23.114,70
(i.V. EUR		38.791,93)

B. <u>Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen</u>	EUR	1.559.837,28
	(i.V. EUR	1.420.516,70)
C. <u>Empfangene Ertragszuschüsse</u>		
1. <u>Kanalanschlussbeiträge</u>	EUR	2.100.011,82
	(i.V. EUR	2.100.011,82)
2. <u>Baukostenzuschüsse Lanken</u>	EUR	15.253,79
	(i.V. EUR	16.563,79)
3. <u>Baukostenzuschüsse öffentliche Entwässerung</u>	EUR	3.082.175,20
	(i.V. EUR	3.148.228,86)
4. <u>Unentgeltlich überlassene Entwässerungsanlagen</u>	EUR	5.793.137,64
	(i.V. EUR	5.793.137,64)
5. <u>Entwässerungsanlagen Stadt</u>	EUR	2.133.643,67
	(i.V. EUR	2.133.643,67)
6. <u>Instandhaltungszuschüsse</u>	EUR	39.072,00
	(i.V. EUR	39.072,00)

Ausgewiesen wird der Instandhaltungszuschuss des Bundes für das Regenrückhaltebecken an der B 404.

D. Rückstellungen**Sonstige Rückstellungen**

	Stand 01.01.2013 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand 31.12.2013 EUR
					EUR 277.150,00
				(i.V. EUR	277.130,00)
Klärschlamm- vererdung	136.000,00	0,00	0,00	75.000,00	211.000,00
Instandhaltungen	96.600,00	96.600,00	0,00	0,00	0,00
Ausstehende Rechnungen	1.230,00	1.230,00	0,00	950,00	950,00
Abwasserabgabe	0,00	0,00	0,00	28.500,00	28.500,00
Personalaufwand	19.500,00	19.500,00	0,00	11.900,00	11.900,00
Beratungs- und Prüfungskosten	11.000,00	10.650,50	349,50	11.000,00	11.000,00
Jahresabschluss- kosten	6.200,00	6.200,00	0,00	6.300,00	6.300,00
Sonstige	6.600,00	6.600,00	0,00	7.500,00	7.500,00
	<u>277.130,00</u>	<u>140.780,50</u>	<u>349,50</u>	<u>141.150,00</u>	<u>277.150,00</u>

Die Rückstellung für **Personalaufwand** beinhaltet sowohl Ansprüche der Arbeitnehmer aufgrund nicht in Anspruch genommener Urlaubstage als auch nicht ausgezahlte Überstunden der Mitarbeiter. In die Berechnung des Rückstellungsbetrages wurden Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung einbezogen.

Die Rückstellung für **Klärschlammvererdung** betrifft noch anfallende Entsorgungskosten für die einzelnen Becken der Klärschlammvererdungsanlage. Diese Kosten werden in den nächsten 4 bis 6 Jahren entstehen. Die Rückstellungen werden bis dahin ratierlich aufgebaut.

Die Rückstellungen für die **Beratungs- und Prüfungskosten** betreffen die Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013.

Die Rückstellung für unterlassene **Instandhaltungen** betrafen im Vorjahr unter anderem Reparaturen an Rohrleitungen und Durchlässen, welche aufgrund des schlechten Wetters erst im Laufe des Geschäftsjahres 2013 durchgeführt werden konnten.

Bei den Rückstellungen für die **Jahresabschlusskosten** handelt es sich um die Personalaufwendungen, die zur Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 notwendig gewesen sind.

Die Rückstellungen für **ausstehende Rechnungen** betreffen Rechnungen, die zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht eingetroffen waren, jedoch noch Kosten für das abgelaufene Geschäftsjahr darstellen. Im Wesentlichen sind hier ausstehende Rechnungen für Energielieferungen ausgewiesen.

E. Verbindlichkeiten**1. Verbindlichkeiten gegen-
über Kreditinstituten**

	EUR	3.296.371,63
(i.V. EUR		3.473.658,51)

davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr 223.704,24 EUR
(im Vorjahr: 198.286,88 EUR)

davon mit einer Restlaufzeit von mehr
als fünf Jahren 2.280.936,93 EUR
(im Vorjahr: 2.524.014,73 EUR)

	Stand 01.01.2013 EUR	Zugänge EUR	Tilgungen EUR	Stand 31.12.2013 EUR
Investitionsbank				
- Darlehen 5321600079	562.500,00	0,00	37.500,00	525.000,00
- Darlehen 7000156389	375.000,00	0,00	20.000,00	355.000,00
- Darlehen 5321600085	157.500,00	0,00	12.500,00	145.000,00
- Darlehen 5321600050	60.562,50	0,00	5.312,50	55.250,00
- Darlehen 5321600044	60.447,26	0,00	2.325,63	58.121,63
- Darlehen 7000446949	0,00	400.000,00	10.000,00	390.000,00
	1.216.009,76	0,00	77.638,13	1.528.371,63
WL-Bank				
- Darlehen 0130693300	1.846.000,00	0,00	78.000,00	1.768.000,00
Kreissparkasse				
- Darlehen 6800898518	407.500,00	0,00	407.500,00	0,00
Nord LB				
- Darlehen 2736200021	4.148,75	0,00	4.148,75	0,00
	<u>3.473.658,51</u>	<u>0,00</u>	<u>567.286,88</u>	<u>3.296.371,63</u>

Zu Einzelheiten verweisen wir auf die **Anlage 9**

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	EUR	158.874,61
	(i.V. EUR	68.746,55)

davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr 158.874,61 EUR
(im Vorjahr: 68.746,55 EUR)

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
REMONDIS GmbH & Co. KG	121.621,99	0,00
Kreis Herzogtum Lauenburg	1.372,60	28.439,16
Stadtwerke Flensburg GmbH	10.377,80	13.793,02
VTA Engineering und Umwelttechnik GmbH	7.464,30	7.482,72
PRIESS GmbH	0,00	7.403,80
Bornbau KG	5.381,99	0,00
Übrige unter 5.000,00 EUR	12.655,93	11.627,85
	<u>158.874,61</u>	<u>68.746,55</u>

Die Verbindlichkeiten wurden in einer Offene-Posten-Liste nachgewiesen. Zum Prüfungszeitpunkt waren die Verbindlichkeiten im Wesentlichen ausgeglichen.

3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Schwarzenbek

	EUR	51.619,68
	(i.V. EUR	29.022,50)

davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr 51.619,68 EUR
(im Vorjahr: 29.022,50 EUR)

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Schwarzenbek handelt es sich im Wesentlichen um Personal- und Sachkosten für die im Geschäftsjahr erbrachten Dienstleistungen durch Mitarbeiter der Stadt Schwarzenbek. Die Abrechnung dieser Kosten erfolgt unterjährig in monatlichen Raten. Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Verbindlichkeiten stellen den noch offenen Restbetrag dar.

4. Sonstige Verbindlichkeiten

EUR	24.010,10
(i.V. EUR	14.225,61)

davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr 24.010,10 EUR
(im Vorjahr: 14.225,61 EUR)

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
Zinsabgrenzungen	22.797,10	13.832,94
Verbindlichkeiten an Mitarbeiter	204,00	0,00
Überzahlung Schmutzwasserabrechnungen	0,00	352,72
Sonstige	<u>1.009,00</u>	<u>39,95</u>
	<u>24.010,10</u>	<u>14.225,61</u>

**Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013**

1. <u>Umsatzerlöse</u>	EUR	2.323.868,16
	(i.V. EUR	2.129.884,44)
	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
Schmutzwassergebühren	1.573.271,73	1.500.645,20
Schmutzwassergebühren Lanken (Gewerbegebiet)	39.980,56	39.391,28
Niederschlagswassergebühren privat	508.190,97	439.318,85
Niederschlagswassergebühren öffentlich	<u>202.424,90</u>	<u>150.529,11</u>
	<u>2.323.868,16</u>	<u>2.129.884,44</u>

Die Schmutzwasserverbrauchsgebühren betragen wie im Vorjahr 1,86 Euro/m³. Der Anstieg der Umsätze gegenüber dem Vorjahr ist auf eine Erhöhung der Grundgebühren zurückzuführen.

Für das Gewerbegebiet Lanken betragen die Gebühren wie im Vorjahr 2,32 EUR/m³.

Die Niederschlagsgebühren wurden zum 1. Januar 2013 von 0,46 EUR/m² auf 0,53 EUR/m² erhöht. Sie werden unterteilt in private und öffentliche Nutzflächen.

2. <u>Andere aktivierte Eigenleistungen</u>	EUR	2.634,83
	(i.V. EUR	3.496,85)

Die aktivierten Eigenleistungen betreffen das Projekt Photovoltaikanlage-Kläranlage. Sie beinhalten die Personalkosten des technischen Werkleiters, die für die Bauleitung an dem Projekt angefallen sind.

3. <u>Sonstige betriebliche Erträge</u>	EUR	89.041,54
	(i.V. EUR)	92.233,67)

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
Auflösung BKZ öffentlich	66.053,66	66.053,67
Mieteinnahmen Dienstwohnung Klärwerk	6.031,37	5.960,05
Auflösung Rückstellungen	349,50	5.463,21
Periodenfremde Erträge	1.003,57	2.095,24
Auflösung BKZ Lanken	1.310,00	1.437,67
Erträge aus der Erteilung von Genehmigungen	1.030,00	1.790,00
Sonstige	<u>13.263,44</u>	<u>9.433,83</u>
	<u>89.041,54</u>	<u>92.233,67</u>

Die Erträge aus der Auflösung der Baukostenzuschüsse betreffen im Wesentlichen die Zuschüsse der Stadt Schwarzenbek für die öffentlichen Stadtentwässerungsanlagen. Die Auflösung erfolgt in Höhe der Abschreibungen der bezuschussten Anlagen.

4. <u>Materialaufwand</u>	EUR	879.037,80
	(i.V. EUR)	667.928,07)

Der Materialaufwand wird in der nachfolgenden Aufstellung detailliert dargestellt.

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
a) <u>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</u>		
Jahresstromabrechnung Klärwerke	124.017,66	97.327,29
Chemikalien chemische Stufe	59.080,09	68.189,54
Jahresstromabrechnung Pumpwerke	33.698,34	29.287,07
Materialbedarf	13.351,93	13.438,97
Laborbedarf	12.065,69	11.381,11
Heizöl	4.483,46	13.575,85
Chemikalien Schlammbehandlung	3.731,36	0,00
Wasserverbrauch	1.323,75	1.941,89
Erdgas	1.040,00	0,00
Skonto	-93,58	-155,28
	<u>252.698,70</u>	<u>234.986,44</u>
	-----	-----
b) <u>Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>		
Unterhaltung Kanäle	237.880,69	194.112,07
Unterhaltung Regenrückhaltebecken	136.490,59	24.597,69
Klärschlammvererdung Entsorgung	75.000,00	0,00
Unterhaltung Außenanlagen	32.846,18	29.092,21
Klärschlammvererdung	32.120,27	31.496,57
Unterhaltung Klärwerk	31.855,78	61.576,19
Unterhaltung Pumpwerke	16.798,92	42.343,52
Unterhaltung Fahrzeuge, Maschinen	12.614,54	14.223,79
Unterhaltung Gebäude	10.741,35	380,98
Klärschlammuntersuchungen, Abfahren	9.299,02	6.522,15
Unterhaltung Dienstwohnung Klärwerk	963,78	148,42
Einmessung Schächte	0,00	684,25
Skonto	-72,29	-761,27
	<u>596.538,83</u>	<u>404.416,57</u>
	-----	-----
c) <u>Sonstige Aufwendungen</u>		
Abwasserabgabe	29.800,27	28.525,06
	<u>29.800,27</u>	<u>28.525,06</u>
	-----	-----
	<u>879.037,80</u>	<u>667.928,07</u>
	-----	-----

5. Personalaufwand

EUR	419.301,79
(i.V. EUR	425.616,97)

davon für Altersver-
sorgung 25.032,32 EUR
(im Vorjahr: 24.459,09 EUR)

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
a) <u>Löhne und Gehälter</u>	329.691,40	337.164,64
	-----	-----
b) <u>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</u>		
Gesetzliche Sozialaufwendungen	64.420,01	63.919,77
Aufwendungen für Altersversorgung	25.032,32	24.459,09
Personalnebenkosten	158,06	73,47
	<u>89.610,39</u>	<u>88.452,33</u>
	-----	-----
	<u>419.301,79</u>	<u>425.616,97</u>

6. Abschreibungen**Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

EUR	622.553,67
(i.V. EUR	604.474,21)

7. <u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>	EUR	340.298,62
	(i.V. EUR	348.739,14)

	EUR	Vorjahr/EUR
Zuführung zu Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen	139.320,58	143.245,97
Fremdbezogene Leistungen der Stadt	59.655,45	67.173,10
Abgaben und Gebühren	30.651,99	30.701,33
Abwasser-, Labor- und Kanalfernuntersuchungen	26.617,33	36.293,32
Beitrag Gewässerverbände	15.835,53	15.835,54
Beratungs- und Prüfungskosten	12.511,30	13.792,10
Periodenfremder Aufwand	8.501,19	2.966,40
EDV	8.450,52	6.803,35
Versicherungen	7.991,34	7.802,05
Ausbildung	6.251,20	4.892,60
Schutzkleidung	3.485,26	2.679,21
Telefonkosten	3.381,61	5.419,89
Gewässerschutzbeauftragter	2.022,89	2.150,00
Sonstiges	<u>15.622,43</u>	<u>8.984,28</u>
	<u>340.298,62</u>	<u>348.739,14</u>

8. <u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>	EUR	996,58
	(i.V. EUR	2.817,45)

Die ausgewiesenen Zinsen betreffen ausschließlich Zinseinnahmen von Tagesgeld- und Girokonten.

9. <u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>	EUR	131.736,40
	(i.V. EUR	142.433,12)

Die Zinsaufwendungen betreffen die verschiedenen Darlehen der einzelnen Banken.

**10. Ergebnis der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit**

EUR	23.612,83
(i.V. EUR	39.240,90)

11. Sonstige Steuern

EUR	498,13
(i.V. EUR	448,97)

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr/EUR</u>
Kfz-Steuer	274,00	237,00
Grundsteuer	<u>224,13</u>	<u>211,97</u>
	<u>498,13</u>	<u>448,97</u>

12. Jahresgewinn

EUR	23.114,70
(i.V. EUR	38.791,93)

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

1. Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Name:	Stadt Schwarzenbek - Eigenbetrieb Abwasser -
Rechtsform:	Eigenbetrieb der Stadt Schwarzenbek
Sitz:	Schwarzenbek
Anschrift:	Ritter-Wulf-Platz 1, 21493 Schwarzenbek
Betriebssatzung:	Es gilt die Betriebssatzung vom 31. Mai 2005 in der Fassung vom 28. Oktober 2005, welche am 9. Dezember 2005 bekannt gegeben wurde.
Gegenstand des Unternehmens:	Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Beseitigung des im Gebiet anfallenden Abwassers als <ul style="list-style-type: none">- eine selbstständige Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung;- eine selbstständige Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung;- eine selbstständige Einrichtung zur Beseitigung des in Grundstückskläranlagen (Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben) gesammelten Abwassers (dezentrale Abwasserbeseitigung).
Geschäftsjahr:	Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.
Dauer des Eigenbetriebs:	Der Eigenbetrieb ist auf unbegrenzte Zeit errichtet.
Stammkapital:	Das gezeichnete Kapital beträgt: 1.000.000,00 Euro

Organe:	<p>Organe des Eigenbetriebs sind:</p> <ul style="list-style-type: none">- Werkleitung- Bauausschuss- Bürgermeister
Werkleitung:	<p>Die Werkleitung besteht aus zwei gleichberechtigten Werkleitern: einem kaufmännischen und einem technischen Werkleiter.</p> <p>Vertreter des technischen Werkleiters ist der Leiter des Fachbereichs Bauen. Der Vertreter des kaufmännischen Werkleiters ist der Leiter des Fachbereichs Finanzen. Dienstvorgesetzter der Werkleitung ist der Bürgermeister.</p> <p>Technischer Werkleiter waren im Geschäftsjahr 2013 Herr Jörg Balk (bis 31. Mai 2013) und Herr Reinhard Cordes (ab 1. Juni 2013). Kaufmännische Werkleiterin war Frau Corinna Romahn.</p> <p>Der Werkleitung obliegt die laufende Betriebsführung und damit die ihm nach § 3 EigVO und § 5 der Betriebssatzung zugewiesenen Aufgaben.</p>
Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung:	<p>Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 26. April 2013 festgestellt. Ferner wurde der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 beschlossen.</p>
Offenlegung:	<p>Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2012 erfolgte auf der Internetseite der Stadt Schwarzenbek.</p>

Satzungen:

a) Abwassersatzung

Die Satzung der Stadt Schwarzenbek über die Abwasserbeseitigung (Allgemeine Abwasserbeseitigungssatzung - AAS -) ist datiert auf den 3. Dezember 2010 und gilt ab dem Tage der Veröffentlichung (7. Januar 2011). Sie enthält folgende wesentliche Regelungen:

Die Stadt betreibt zur Beseitigung des in ihrem Gebiet anfallenden Abwassers jeweils eine selbständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasser- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie dezentrale Abwasseranlagen zur Beseitigung des anfallenden Schlammes aus Kleinkläranlagen und des gesammelten Abwassers aus abflusslosen Gruben. Sie schafft die für die öffentlichen Einrichtungen der Abwasserbeseitigung erforderlichen zentralen Anlagen und die Abfuhr- und Behandlungsanlagen für die dezentrale Abwasserbeseitigung. Die Abwasserbeseitigung umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln von Schmutzwasser und Niederschlagswasser sowie das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwassers sowie die Einleitung und Behandlung in Abwasseranlagen.

Die Satzung regelt im Wesentlichen das Anschluss- und Benutzungsrecht, den Anschluss- und Benutzungszwang sowie die Herstellung und den Betrieb von Grundstücksentwässerungsanlagen.

b) Beitrags- und Gebührensatzung

Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Schwarzenbek (Beitrags- und Gebührensatzung) in der Fassung vom 27. November 2013 ist am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

Die Stadt erhebt für die Benutzung der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen und für die nach § 9 Abwasserabgabengesetz zu entrichtende Abwasserabgabe Abwassergebühren für die Grundstücke, die an diese zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen sind oder in diese entwässern.

Die Abwassergebühr für die Schmutzwasserbeseitigung wird nach der Abwassermenge bemessen, die von den angeschlossenen Grundstücken in die zentrale Abwasserbeseitigungseinrichtung gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 cbm Abwasser.

Die Abwassergebühr für die Niederschlagswasserbeseitigung wird nach der bebauten und befestigten Grundstücksfläche bemessen, von der aus Niederschlagswasser in die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung gelangt.

Im Berichtsjahr 2013 galten folgende Gebührensätze:

Bei der Schmutzwasserbeseitigung:

1,86 Euro / m³ Schmutzwasser

2,32 Euro / m³ Schmutzwasser Lanken

Bei der Niederschlagswasserbeseitigung:

0,53 Euro / (angefangenen) m² befestigter Grundstücksfläche

Bei der Beseitigung des in Grundstückskläranlagen gesammelten Abwassers aus abflusslosen Sammelgruben:

8,75 Euro / m³ Schmutzwasser

2. Wirtschaftliche Verhältnisse

a) Allgemeines

Der Eigenbetrieb übernimmt die Abwasserentsorgung der Stadt Schwarzenbek. Grundlage hierfür bildet die Genehmigung der Wasserbehörde Ratzeburg vom 21. Juli 1994 mit Änderung vom 20. Oktober 2000 über die genehmigte Einleitmenge in Höhe von 940.000 m³. Die Abwasserbeseitigung umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln von Abwasser sowie die Beseitigung des in Kläranlagen anfallenden Schlammes und des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwassers. Dazu gehört eine selbstständige Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung, zur Niederschlagswasserbeseitigung sowie zur Beseitigung des in Grundstückskläranlagen gesammelten Abwassers.

Zur Deckung seiner Kosten erhebt der Eigenbetrieb Gebühren und Beiträge gemäß den geltenden Satzungen.

b) Beschäftigte

Die Zahl der Mitarbeiter des Unternehmens betrug im Jahresdurchschnitt:

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
Werkleitung	2	2
Angestellte	<u>7</u>	<u>7</u>
	<u>9</u>	<u>9</u>

c) Wesentliche Verträge

Hier sind der Stromeinspeisevertrag mit der Schleswig-Holstein Netz AG, Quickborn, und der Vertrag mit der Firma EKO-PLANT Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft für ökotechnische Anlagen mbH, Neu-Eichenberg, zu nennen.

d) Mitgliedschaften

Der Eigenbetrieb Schwarzenbek ist Mitglied der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V., Hennef.

3. Steuerliche Verhältnisse

Die Abwasser- und Niederschlagswasserentsorgung stellt die Durchführung einer hoheitlichen Aufgabe dar und unterliegt nicht der Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuerpflicht.

Abwicklung Wirtschaftsplan**Gegenüberstellung der Ansätze des Wirtschaftsplanes und der Ist-Zahlen****Erfolgsplan**

	Plan TEUR	Ist TEUR	Differenz TEUR
Umsatzerlöse	2.346	2.324	-22
Andere aktivierte Eigenleistung	0	3	3
Sonstige betriebliche Erträge	81	89	8
Materialaufwand	771	879	108
Personalaufwand	415	419	4
Abschreibungen	622	623	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	362	340	-22
Zinserträge	3	1	-2
Zinsaufwendungen	135	132	-3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	125	24	-101
Steuern	1	1	0
Jahresgewinn	<u>124</u>	<u>23</u>	<u>-101</u>

Hinsichtlich der Abweichungen zwischen den Plan- und Ist-Werten verweisen wir auf die ausführliche Abweichungsanalyse im Lagebericht des Eigenbetriebs.

Vermögensplan

Der Eigenbetrieb Abwasser der Stadt Schwarzenbek stellt einen gemeinsamen Vermögensplan für alle Sparten auf:

	<u>Plan</u> TEUR	<u>Ist</u> TEUR	<u>Differenz</u> TEUR
<u>Einnahmen</u>			
Zuweisungen der Gemeinde			
Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	149	152	3
Zuführung zum Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
Rückflüsse aus Darlehen	0	0	0
Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen	0	0	0
Zuschüsse Nutzungsberechtigter			
Ertragszuschüsse	0	0	0
sonstige Baukostenzuschüsse	0	0	0
Abschreibungen	621	623	2
Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögen	0	0	0
Kredite	0	0	0
Sonstige Einnahmen	0	0	0
Verminderung des Nettogeldvermögens	0	35	35
Finanzierungsmittel insgesamt	<u>770</u>	<u>810</u>	<u>40</u>

	Plan TEUR	Ist TEUR	Differenz TEUR
<u>Ausgaben</u>			
Rückzahlungen von Eigenkapital	0	0	0
Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigen Charakter	0	0	0
Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
Auflösung von Baukostenzuschüssen	67	68	1
Gewährung von Darlehen	0	0	0
Investitionen für			
-Bautechnik PW Eichenweg	50	0	-50
-Maschinenteknik PW Eichenweg	30	0	-30
-Solaranlage Klärwerk (thermisch)	0	214	214
-Umbau Pumpwerk Feldstraße	0	50	50
-Solaranlage Klärwerk (Photovoltaik)	0	59	59
-Solaranlage Pumpwerk Feldstraße	26	36	10
-Hausanschlüsse	5	6	1
-Sandfang Feldstraße	0	8	8
-Sanierung Schlammfelder	0	30	30
-Dach Pumpwerk Feldstraße	48	46	-2
-Dach Betriebsgebäude Kläranlage	36	35	-1
-Zaunanlage PW Lanken	20	11	-9
-Sonstiges	10	70	60
Sonstige Ausgaben	100	0	-100
Vermehrung Nettogeldvermögen	178	0	-178
Tilgung von Krediten	200	177	-23
Gesamtausgaben	770	810	40

Hinsichtlich der Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen bei der Entwicklung des Vermögensplans verweisen wir auf den Lagebericht des Eigenbetriebs. Bei der Position "Sonstige Ausgaben" handelt es sich um nicht planbare Investitionen im Zusammenhang mit dem erforderlichen Austausch von irreparablen Maschinen und Anlagen.

Stellenübersicht

Die Gegenüberstellung der im Wirtschaftsplan 2013 vorgesehenen und zum 31. Dezember 2013 tatsächlichen Stellen zeigt folgendes Bild auf:

	<u>Entgelt-Gruppe</u>	<u>Plan</u>	<u>Ist</u>
Werkleiter	10	2	2
Kläremeister	9	1	1
Schlosser	5	1	1
Ver- und Entsorger	5	2	2
Elektriker	5	1	1

Helfer	3	1	1
Buchhaltungskraft	8	1	1

Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse

A. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1

Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung?**

Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)?

Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Eine Geschäftsordnung für die Geschäftskreise des kaufmännischen und des technischen Werkleiters liegt mit Datum vom 20. Dezember 2007 vor. Ergänzend dazu sind Aufgaben bereits in der Betriebssatzung festgelegt.

Für den Werkausschuss gelten die einschlägigen Regelungen für Ausschüsse der Stadt Schwarzenbek.

Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebs.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Den Eigenbetrieb Abwasser betreffend haben im Berichtsjahr zwei Stadtverordnetenversammlungen, sieben Sitzungen des Bauausschusses (zuständiger Werksausschuss), eine gemeinsame Sitzung mit dem Finanzausschuss sowie eine Sitzung des Finanzausschusses stattgefunden. Schriftliche Protokolle wurden erstellt.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Absatz 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Die Werksleitung ist in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Absatz 1 Satz 3 AktG tätig.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Vergütung der Werkleitung ist im Anhang angegeben.

B. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2

Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/ Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Die Organisation ist in der Betriebssatzung festgelegt.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Nach den uns erteilten Auskünften wird nach der Betriebssatzung verfahren. Verstöße gegen die Regelungen haben wir nicht festgestellt.

- c) **Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Die Korruptionsprävention spiegelt sich in der Überwachung der Geschäftsführung durch den Werkausschuss wider. Eine gesonderte Dokumentation hierüber besteht nicht.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)?**

Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Maßgebend sind die Regelungen der Betriebssatzung, in denen die zustimmungspflichtigen Geschäfte festgelegt sind.

Darüber hinaus finden die Richtlinien VOB und VOL sowie die Vergaberichtlinien der Stadt Schwarzenbek Anwendung. Bei unserer Prüfung haben wir keine Verstöße gegen diese Richtlinien festgestellt.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die Vertragsverwaltung wird ordnungsgemäß geführt.

Fragenkreis 3

Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Der Wirtschaftsplan entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens. Er umfasst den Erfolgs-, Vermögens- und Finanzplan, den Investitionsplan sowie die Stellenübersicht. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 wurde den Mitgliedern des Finanz- und des Bauausschusses auf der Sitzung am 16. August 2013 vorgestellt und auf der Stadtverordnetenversammlung am 27. September 2013 beschlossen.

Die Abwicklung des Wirtschaftplan haben wir in der Anlage 7 unseres Prüfungsberichtes dargestellt.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen wurden systematisch untersucht. Eine Plan-Ist-Auswertung erfolgt monatlich.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen ist zweckmäßig organisiert und entsprechend dem Betriebsumfang gestaltet; das Belegwesen ist geordnet. Die Geschäftsvorfälle werden zeitnah und vollständig erfasst.

Die Kostenrechnung ist eine auf Ist-Kosten basierende Kostenstellenrechnung. Die Spartenentrennung wird anhand des Betriebsabrechnungsbogens nach den Sparten Schmutzwasser- und Niederschlagswasser entwickelt.

Im Ergebnis entsprechen Rechnungswesen und Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Eigenbetriebs.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Der Status der Liquidität wird monatlich insbesondere anhand der Plan-Ist-Vergleiche, unter Berücksichtigung der liquiditätsintensiven Unterhaltungsmaßnahmen durch die kaufmännische Werkleiterin überwacht.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein darüber hinausgehendes Finanzmanagement ist nicht erforderlich.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden?

Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Der Eigenbetrieb fordert von den Hauseigentümern vierteljährliche Abschläge an. Die Abrechnung der Schmutzwasser- und Niederschlagsgebühren erfolgt Anfang des Jahres, das auf das Jahr der Verursachung folgt. Zur Einziehung ausstehender und überfälliger Forderungen beauftragt der Eigenbetrieb die Vollstreckungsabteilung der Stadt Schwarzenbek. Wir halten das bestehende Mahnwesen für angemessen.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Das Controlling entspricht der Größe und den Anforderungen des Eigenbetriebs. Es ist der kaufmännischen Werkleiterin unterstellt.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Es bestehen keine Beteiligungen an Unternehmen.

Fragenkreis 4

Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Der Eigenbetrieb hat ein Risikofrüherkennungssystem gemäß den Anforderungen des § 91 Abs. 2 AktG eingerichtet, welches laufend fortzuschreiben ist.

Bestandteile des Risikofrüherkennungssystems sind u. a. der Wirtschaftsplan, der Finanzplan, der Plan-Ist-Vergleich, die monatlichen Abweichungsanalysen sowie das Berichtswesen der Werkleitung an den Werkausschuss. Insbesondere die Liquiditätsüberwachung gewährleistet das rechtzeitige Erkennen von eventuellen Finanzrisiken.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen?**

Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Der Eigenbetrieb ist als kostendeckende Einrichtung keinem Preis- bzw. Absatzrisiko ausgesetzt. Nach unserer Auffassung sind die Maßnahmen zum derzeitigen Stand geeignet, ihren Zweck zu erfüllen.

Anhaltspunkte, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden, haben sich nicht ergeben.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Unter Berücksichtigung der Unternehmensgröße entsprechen die Dokumentationen den Erfordernissen.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Frühwarnsignale und Maßnahmen werden kontinuierlich und systematisch an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.

Fragenkreis 5

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?**

Finanzinstrumente sowie andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate wurden im Eigenbetrieb nicht genutzt.

- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Entfällt.

- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt.

- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

Entfällt.

- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

Entfällt.

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Entfällt.

Fragenkreis 6
Interne Revision

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Eine interne Revision besteht nicht. Aufgaben der Überwachung und Kontrolle werden durch die kaufmännische Werkleiterin wahrgenommen.

- b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern?**

Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Entfällt.

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr?**

Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind?

Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet?

Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Entfällt.

- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Entfällt.

- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Entfällt.

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Entfällt.

C. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7

Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir diesbezüglich keine Verstöße festgestellt.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

An Mitglieder der Geschäftsleitung bzw. der Ausschüsse wurden im Berichtsjahr keine Kredite vergeben.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Hinweise darauf, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Verstöße im Sinne der Fragestellung sind im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt worden.

Fragenkreis 8

Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Entsprechend der Regelungen der EigVO wurden für die Geschäftsjahre bis einschließlich 2013 Investitionspläne erstellt. Die Prüfung der Realisierung hinsichtlich der Finanzierung und Wirtschaftstauglichkeit erfolgt im Rahmen der Aufstellung des Vermögens- und Finanzplanes.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Hinweise auf unzureichende Unterlagen zur Preisermittlung. Die Investitionsvorhaben werden grundsätzlich auf Basis von öffentlichen Ausschreibungen realisiert. Wir haben keine Beanstandungen festgestellt.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die Abwicklung von Investitionen wird laufend überwacht. Wesentliche Budgetüberschreitungen sind vom Werkausschuss zu genehmigen.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben?**

Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Bei der Errichtung der Photovoltaikanlage "Freifläche Kläranlage" gab es eine Überschreitung der ursprünglich geplanten Kosten um 108 TEUR. Die Ursache für diese Abweichung lag auskunftsgemäß an erforderlichen Gutachten aufgrund derer Anpassungen des Untergrunds und der Statik erforderlich wurden.

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Photovoltaikanlage auf dem "Betriebsgebäude Klärwerk" gab es eine Überschreitung der geplanten Kosten um 31 TEUR. Ursächlich für diese Überschreitung war die Nichtberücksichtigung der Unterkonstruktion im Rahmen der Ausschreibung.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Anhaltspunkte im Sinne der Fragestellung haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 9

Vergaberegulungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Unsere Prüfung hat keine derartigen Verstöße festgestellt.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Nach unseren Feststellungen werden auch für Geschäfte, die nicht den Vergaberichtlinien unterliegen, Konkurrenzangebote eingeholt. In einem gesonderten Protokoll werden die ausschlaggebenden Gründe für die entsprechende Vergabe festgehalten. Die Prüfung der Vergabepaxis ergab nach den uns vorgelegten Unterlagen keine Beanstandungen.

Fragenkreis 10

Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig auf den stattfindenden Werkausschusssitzungen.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichterstattung erfolgte nach unseren Feststellungen in Übereinstimmung mit der wirtschaftlichen Lage.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet?

Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Unterrichtung erfolgte zeitnah. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen lagen im Berichtsjahr nicht vor.

Über die Kostenüberschreitungen im Rahmen der Errichtung der Photovoltaikanlagen wurde im zuständigen Bauausschuss zeitnah berichtet.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Absatz 3 AktG)?

Die Werkleitung hat dem Werkausschuss entsprechend § 90 Absatz 1 AktG über alle wesentlichen Punkte der beabsichtigten Geschäftspolitik und über alle anderen Fragen der Unternehmensplanung insbesondere Finanz- und Personalplanung berichtet. Darüber hinausgehende Anfragen gemäß § 90 Absatz 3 AktG zur zusätzlichen Berichterstattung wurden vom Werkausschuss nicht verlangt.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Es gibt keine solchen Anhaltspunkte.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung?

Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart?

Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Ein D&O-Versicherung wurde nicht abgeschlossen.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Derartige Sachverhalte haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

D. Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11

Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Im wesentlichen Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht nicht.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Bestände liegen im Rahmen des Üblichen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Anhaltspunkte im Sinne der Fragestellung haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 12
Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen?**

Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Eigenkapitalausstattung stellt sich in Bezug auf die Bilanzsumme wie folgt dar:

	31.12.2013		31.12.2012	
	TEUR	%	TEUR	%
Bilanzielles Eigenkapital	2.252	10,8	2.264	10,9
Sonderposten aus kalkulatorischen Einnahmen	1.560	7,5	1.421	6,8
Empfangene Ertragszuschüsse	13.163	63,3	13.231	63,7
Wirtschaftliches Eigenkapital	16.975	81,7	16.916	81,4
Fremdkapital	3.809	18,3	3.862	18,6
Bilanzsumme	<u>20.784</u>	<u>100,0</u>	<u>20.778</u>	<u>100,0</u>

Die Kapitalstruktur setzt sich hauptsächlich aus internen Finanzierungsquellen, empfangenen Ertragszuschüssen und Rücklagen zusammen.

Die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen werden durch die vorhandenen finanziellen Mittel finanziert.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Es liegt kein Konzern vor.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten?**

Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Der Betrieb hat im Berichtsjahr keine öffentlichen Zuschüsse erhalten.

Fragenkreis 13

Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Der Betrieb verfügt insgesamt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Ergebnisverwendungsvorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

E. Ertragslage

Fragenkreis 14

Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Hierzu verweisen wir auf unsere Ausführungen im Prüfungsbericht.

- b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Entscheidende einmalige Vorgänge lagen nicht vor.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Leistungsbeziehungen mit der Stadt Schwarzenbek werden zu angemessenen Konditionen abgewickelt.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Eine Konzessionsabgabe ist vom Betrieb nicht an die Stadt Schwarzenbek abzuführen.

Fragenkreis 15

Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Es gab keine verlustbringenden Geschäfte von wesentlicher Bedeutung. Die Sparte Schmutzwasser erzielte jedoch ein leicht negatives Ergebnis.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Die mengenabhängige Zusatzgebühr in der Sparte Schmutzwasser wurde für die neuen Kalkulationszeitraum 2014 bis 2016 ab dem 1. Januar 2014 auf 1,98 Euro/m³ erhöht.

Fragenkreis 16

Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Wir verweisen auf unsere Antwort zum Fragenkreis 15 b).

Zusammenstellung der Darlehen 2013																
Grunddaten				Entwicklung										Zinsabgrenzung		
Akten- zeichen	Hauptbuch- konto	Gläubiger		Ursprungs- höhe	Tilgung	Umschuldung	Restschuld 31.12.2013	davon RLZ bis zu einem Jahr	davon RLZ über 1- 5 Jahre	davon RLZ über 5 Jahre	gezahlte Zinsen	Rate	Zins- satz	Zeit- raum	Tage	Betrag
20.50-83	3116 0000	Norddeutsche Landesbank	1988	315.364,83	4.148,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	106,42	4.255,17	5,130			
20.50-124	3119 0000	KSK Hzgt. Lauenburg	2003	500.000,00	7.500,00	-400.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.734,59	19.234,59	3,820			
53 744 903	3121 0000	WL-Bank	2005	2.600.000,00	78.000,00	0,00	1.768.000,00	130.000,00	416.000,00	1.222.000,00	51.255,76	129.255,76	3,755			
532 160 0044	3122 0000	Investitionsbank	2006	70.000,00	2.325,63	0,00	58.121,63	1.954,24	8.730,46	47.436,93	3.271,77	5.597,40	4,397			
532 160 0050	3123 0000	Investitionsbank	2007	85.000,00	5.312,50	0,00	55.250,00	4.250,00	17.000,00	34.000,00	3.173,15	8.485,65	4,344			
532 160 0079	3124 0000	Investitionsbank	2007	750.000,00	37.500,00	0,00	525.000,00	37.500,00	150.000,00	337.500,00	25.101,99	62.601,99	4,577	01.11.- 31.12.	60	4.000,00
532 160 0085	3125 0000	Investitionsbank	2008	200.000,00	12.500,00	0,00	145.000,00	10.000,00	40.000,00	95.000,00	9.416,89	21.916,89	4,940			
70001 56389	3126 0000	Investitionsbank	2011	400.000,00	20.000,00	0,00	355.000,00	20.000,00	80.000,00	255.000,00	13.689,38	33.689,38	3,725	01.11.- 31.12.	60	2.200,00
70004 46949	3127 0000	Investitionsbank	2013	400.000,00	10.000,00	400.000,00	390.000,00	20.000,00	80.000,00	290.000,00	5.022,29	15.022,29	2,499			
				5.320.364,83	177.286,88	0,00	3.296.371,63	223.704,24	791.730,46	2.280.936,93	122.772,24	300.059,12				6.200,00